

Asel Springer Verlag AG, Post 10 04 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WZ: Zentralredaktion Bonn (02 28) 224-1 / Anzeigensabteilung Köln (02 28) 54 10 13 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflanzblatt an allen deutschen Wertepostämtern

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 28,09 sfr, Dänemark 6,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 25,00 Fr.
Niederlande 2,20 fl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 ös, Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Ps, Tschechien 185 Esc.

POLITIK

Moskau: Nach Beobachtungen amerikanischer Experten finden in der sowjetischen Führung zur Zeit die heftigsten internen Machtkämpfe statt. Der große Gegenspieler von Parteichef Gorbatschow ist dabei Politbüromitglied Jegor Ligatschow (Foto), der hinter sich die neo-konservativen, antwestlichen Kräfte sowie das Militär versammelt. (S. 6)

Gorbatschow: Die Anzeichen deuten darauf, daß der sowjetische Parteichef am 21. Februar der SED im April in Ost-Berlin teilnehmen wird. Entsprechende Ausserungen machten jetzt ostwestliche Diplomaten. Es wäre der erste Besuch eines sowjetischen Generalsekretärs auf einem Parteitag der Kommunisten in der „DDR“ seit 1971.



Afghanistan: Im Norden der Hauptstadt Kabul sind nach Berichten westlicher Diplomaten in Neu-Delhi heftige Kämpfe zwischen sowjetischen Truppenverbänden und Widerstandskämpfern im Gange. Danach versuchen die Sowjets, strategisch wichtige Stellungen zu erobern. In Kabul seien Taxifahrer verpflichtet worden, Regierungsbeamten an die Frontabschnitte zu bringen.

Asyl: Die Schweiz hat den ehemaligen Sowjetkämpfer Juri Powarnin als Flüchtling anerkannt und gewährt ihm politisches Asyl. Powarnin war 1981 in Afghanistan desertiert, in Gefangenschaft geraten und nach Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in die Schweiz gekommen. (S. 6)

Deng: Chinas starker Mann hat bei einem Empfang für den dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter in Peking Rücktrittsbitten erkennen lassen. Der 81jährige Deng Xiaoping sagte, er sei immer weniger am Tagesgeschäft der Staatsführung beteiligt.

Giftmüll: In der „DDR“ gibt es zu wenig Anlagen zur schadlosen Beseitigung von Giftmüll. Deshalb werden diese Abfälle oft auf städtischen Müllkippen deponiert, schreibt die Osterländer „Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete“.

Paragraph 116: Justizminister Engelhard hat den Thesen Bendas in dessen Gutachten widersprochen und den Gesetzentwurf der Bundesregierung als verfassungsgemäß bezeichnet. (S. 12)

HEUTE IN DER WELT

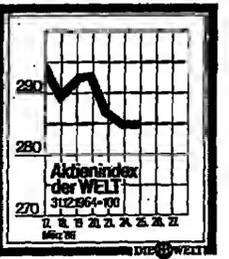
„Kobra“ contra Terrorismus
Was die GSG 9 für die Bundesrepublik Deutschland ist, das ist „Kobra“ für Österreich – eine Speerspitze gegen den Terrorismus. Die WELT stellt in einer dreiteiligen Serie Arbeit und Struktur dieses Einsatzkommandos (GEK) vor. Seite 7

BMW setzt ein Signal
In einem Gespräch mit der WELT kündigt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim für April und Juni Sonderschichten an. Ein Signal gegen die zunehmende Kritik der vergangenen Wochen an dem bayerischen Autokonzern. Seite 3

WIRTSCHAFT

Steuern: Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, die zweite Stufe der Steuerreform von Januar 1986 auf das Jahr 1987 vorzuziehen. Gleichzeitig erklärte ein großer Teil, von den Entlastungen der ersten Stufe nur wenig oder nichts gespürt zu haben. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Emnid-Instituts, die der Bund der Steuerzahler gestern vorlegte. (S. 13)

BHF Performance Index 108,532 (103,425). Dollarkurs 2,3132 (2,2887) Mark. Goldpreis pro Feinunze 361,75 (350,20) Dollar.



Börse: An den Aktienmärkten kam es nach einigen schwächeren Tagen wieder zu einer deutlichen Kursrholung. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 286,37 (285,78), BHF Rentenindex 107,18 (107,037).

KULTUR

Ansehungspreis: Wieder einmal fiel der Ansehungspreis der Kriegsblinden an einen Grenzfeld der Gattung. Preisgeld für das Jahr 1985 wurde „Die Befreiung des Prometheus“ von dem Frankfurter Komponisten Heiner Goebbels nach Texten des in der „DDR“ lebenden Schriftstellers Heiner Müller, produziert gemeinsam von Hessischer Rundfunk und Südwestfunk. (S. 23)

Geburtsjahr: Vor 100 Jahren wurde er geboren. Der Österreicher Clemens Holzmeister zählt zu den größten, den eigenwilligsten und vielseitigsten Architekten unseres Zeitalters. Man hat ihn einen „Expressionisten“ genannt, er selbst bezeichnete sich als „Romantiker“, doch läßt er sich keiner der einflussreichen Schulen und Bewegungen des 20. Jahrhunderts zurechnen. (S. 23)

SPORT

Tennis: In der neuesten Welttrangliste nimmt Wimbledonsteiger Boris Becker den sechsten Platz ein. An der Spitze steht weiterhin Ivan Lendl aus der Tschechoslowakei.

Fußball: Als Nachfolger des ausgeschiedenen Pal Cernali wird Assistenz-Trainer Reinhard Saftig (34) vom 1. Juli an Cheftrainer bei Borussia Dortmund.

AUS ALLER WELT

Zugvögel: Von unsichtbaren Wegweisern geleitet, kehren die Zugvögel auch jetzt wieder zu ihren afrikanischen Winterquartieren.

zurück in ihre europäische Brutheimat. Mindestens sieben Navigationssysteme haben Wissenschaftler mittlerweile entdeckt, mit dem zum Beispiel Störche (Foto) oder Schwalben den richtigen Kurs finden. Dabei sollen neben Wind und Wetter sogar Düfte die Zugvögel leiten. (S. 24)



Hochzeit: Als Termin für die Vermählung von Prinz Andrew mit Sarah Ferguson hat der Buckingham-Palast in London gestern den 23. Juli bekanntgegeben. Die festliche Trauung wird in der Westminster Abbey stattfinden, wo auch Prinz Andrews Eltern, Königin Elizabeth II. und Prinz Philip, 1947 geheiratet haben.

Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 22
Wetter: Kühl und Schauer Seite 24

Große Zustimmung in den USA zu Militärschlag gegen Khadhafi

Weißes Haus: Wir betrachten dies nicht als Krieg / Besorgnis in Italien

von F. M. Washington/Rom

Die Kampfhandlungen zwischen libyschen und amerikanischen Streitkräften in der „Großen Syrte“ im Mittelmeer haben weltweit Besorgnis ausgelöst. Nachdem die Libyer sechs weitere Raketen sowjetischer Bauart gegen amerikanische Ziele abgefeuert hatten, antworteten die amerikanischen Streitkräfte mit Gegenangriffen auf libysche Raketen-Abschussbasen an der Küste und mit der Versenkung von zwei weiteren Schnellbooten. Damit erhöhten sich die libyschen Verluste in den beiden vergangenen Tagen nach Angaben des Pentagon auf vier kleinere raketengetragene Kriegsschiffe. Amerikanische Verluste gab es nach US-Auskunft bis gestern nachmittag nicht.

Die amerikanischen Gegenschläge bestätigen die Strategie und den Kampfauftrag der amerikanischen Flotte vor Libyen, wie ihn Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen beschrieben hatte. „Wir unterstützen allen sich uns nähernden libyschen Streitkräften feindliche Absichten.“ Speakes sagte

weiter: „Wir betrachten dies nicht als einen Krieg mit Libyen. Wir versuchen lediglich von unserem Recht Gebrauch zu machen, in internationalen Gewässern zu operieren. Eine Provokation war nicht beabsichtigt.“

Es sind die ersten bewaffneten Kampfhandlungen zwischen beiden Ländern seit August 1981, als die USA zwei libysche Kampfflugzeuge

„Clown“. Der sonst gegenüber Reagan so kritische Sprecher des Repräsentantenhauses O'Neill meinte dagegen, für den Präsidenten haben es angesichts dieser Herausforderung kaum eine andere Wahl gegeben.

Italiens Ministerpräsident Craxi wies vor dem Parlament darauf hin, daß sich die Zwischenfälle in internationalen – und nicht, wie Khadhafi einseitig behauptet, in libyschen – Gewässern zugetragen hätten. Allerdings habe der amerikanische Entschluß, in diesen Gewässern Manöver abzuhalten, von Anfang an ein „hohes Risiko“ impliziert.

Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes sind die Zwischenfälle im Mittelmeer ein „Austausch militärischer Aktionen auf hoher See und nicht auf libyschem Territorium“. Dagegen behauptete der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundesabteilung, Horst Ehmke, die USA, die Machtprobe vor der libyschen Küste „eindeutig beabsichtigt“ zu haben. Offensichtlich wollten die „Falken“ in der amerikanischen Administration nach „Rambo-Manier“ militärische Stärke demonstrieren.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Berichte

über der „Großen Syrte“ abgeschlossen hatten. Anlaß der Auseinandersetzungen ist der Anspruch Khadhafis, daß das gesamte Gewässer im libyschen Meerbusen Libyens Hoheitsgewässer sei. Die USA haben seit 1981 insgesamt fünfmal mit ihren Schiffen dieses Gebiet, das sich bis zu 120 Meilen ins Mittelmeer hinein erstreckt, befahren.

Im US-Kongreß sind die Aktionen der amerikanischen Streitkräfte allgemein begrüßt worden. Lediglich der demokratische Senator Hatfield nannte sie „ein kindisches Spiel mit einem Kranken und gefährlichen

Deutsche sichern Libyens Luftraum

Radaranlagen mit Technologie aus der Bundesrepublik / Kontrollauftrag an die „DDR“

WERNER KAHL, Bonn

Für die Sicherung des Luftraumes über Libyen haben die Behörden in Tripolis Techniker aus der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Die Computertechniker arbeiten an Großrechenanlagen von AEG-Telefunken, da es bisher an einheimischen Fachleuten zur Bedienung und Wartung der elektronischen Kommunikationssysteme mangelte. Beim Aufbau der Luftsicherung hatte Libyen im internationalen Wettbewerb die Technologie des weltbekanntesten deutschen Unternehmens ausländischer Konkurrenten vorgezogen.

Der kleine Computerexperten-Staff gehört zu mehreren tausend Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die nach Bonner Angaben in Libyen arbeiten. Es handelt sich größtenteils um Angestellte von Firmen, die Maschinenanlagen bauen, elektronische Betriebsmittel für die Wirtschaft herstellen sowie im Bereich der Erdölversorgung im Land engagiert sind. Der Anteil deutscher Arbeitskräfte in Libyen ist nach die-

sen Angaben augenblicklich höher als derjenige von Arbeitnehmern aus den USA.

Für die Flugsicherung einschließlich der Kontrolle des Luftraumes entlang der rund 2000 Kilometer langen libyschen Mittelmeerküste hatte die Regierung in Tripolis anfangs aus sowjetischen Lieferungen Radaranlagen mit teilweise russischem Personal eingesetzt. Die Radareinrichtungen sollten im Verbund mit deutschen Computern arbeiten, die in Bunkern tief im Landesinneren installiert wurden. Das funktionierte jedoch nach Angaben libyscher Diplomaten nicht zufriedenstellend. Daraufhin ersuchten die Libyer vor einiger Zeit deutsche Experten, die gesamte Luftsicherung vorläufig technologisch zu betreten.

„Wir haben derzeit ganz wenig Leute in Libyen, und diese sind weit weg von der Krisenzone“, erklärte der für die Öffentlichkeitsarbeit von AEG-Telefunken zuständige Sprecher des Unternehmens auf Anfrage der WELT. Die Mitarbeiter befinden sich

„im Landesinneren“ und seien über die Lage so informiert, daß sie über ihren Aufenthalt jederzeit selbst entscheiden könnten.

Bei einem Besuch in Bonn Anfang des Jahres hatte der amerikanische Außenminister John Whitehead die Bundesregierung auf Lieferungen von Computern und Kommunikationssystemen nach Libyen angesprochen. Sein Hinweis: Obwohl es sich nicht um militärisches Gerät handele, könnte es für militärische Zwecke benutzt werden. Whitehead betonte, Bonn solle mit diesem Hinweis jedoch „nicht unter Druck“ gesetzt werden.

Die Kontrolle über die Fachleute aus der Bundesrepublik Deutschland habe der libysche Geheimdienst Deutschen aus der „DDR“ übertragen, veräußerte aus Tripolis. Die Behörden der Bundesrepublik hätten es abgelehnt, dem geheimen Nachrichtendienst und die Leibgarde von Khadhafi zu organisieren. Daraufhin erließ der „DDR“-Staatsicherheitsdienst den Auftrag.

Neue Heimat auf Konfrontationskurs

Konzern verweigert Regierung Offenlegung des Vermögens / Bonn besteht auf Prüfung

ARNULF GOSCH, Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Geschäftsführung des angeschlagenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat sind nicht mehr bereit, die Vermögensverhältnisse im Gesamtkonzern offenzulegen. Zu dieser Feststellung gelangt Bundesbauminister Oscar Schneider in einem gestern der WELT bekannt gewordenen Fernsehreiben an die Bauminister der Länder.

Darin teilt Schneider weiter mit, daß ihm Neue Heimat-Chef Dieter Hoffmann und der Vorstandsvorsitzende der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, Alfons Lappas, bei einem Gespräch am 20. März in Bonn erklärt hätten, entgegen ihrer Zusage vom 5. Februar nicht mehr bereit zu sein, die „Treuarbeit AG“ in Frankfurt zu beauftragen, ein Gutachten zu erstellen.

Bei dem Spitzengespräch zwischen Bund, Ländern, Neue Heimat und DGB war vereinbart worden, ein Gutachten über die Bewertung des Vermögens der Neuen Heimat, den Ge-

samtheft der Verbindlichkeiten, die Struktur der Verbindlichkeiten und Leistungsverpflichtungen sowie über haftungsrechtliche Vertiefung innerhalb des Gesamtkonzerns in Auftrag zu geben.

Statt dessen haben Hoffmann und Lappas zugesagt, Schneider und den Länderbauministern eine „interne Ausarbeitung“ der Neuen Heimat zu dem Prüfungsbegehren der Bauminister zukommen zu lassen. Wie Schneider hierzu betont, hält er auch weiterhin eine Begutachtung der Unternehmenslage der gemeinnützigen „Neue Heimat Wohnungsbau“ durch eine neutrale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für unabdingbar.

Nach dem Protokoll über die Besprechung vom 5. Februar sollte das Gespräch zwischen den Bauministern und dem DGB sowie der Neuen Heimat erst nach Vorliegen des Gutachtens der Treuarbeit und eines Sanierungskonzeptes fortgesetzt werden. Schneider bittet daher um Mitteilung, ob die Länderbauminister auch ohne Erfüllung der vereinbarten

Gesprächsbedingungen bereit seien, das Gespräch mit dem DGB und der Neuen Heimat vom 5. Februar fortzuführen.

Über den Meinungsaustausch zwischen Schneider, Hoffmann und Lappas vom 20. März hatte das Ministerium bisher strengstes Stillschweigen angeordnet. Der Sprecher des Ministeriums war seinerzeit lediglich bereit, den Termin der Begegnung zu bestätigen (die WELT berichtete). Bei diesem Meinungsaustausch sollte Hoffmann ursprünglich einen Zwischenbericht über die Auswahl der Prüfungsobjekte für die Treuarbeit erstatten. Die Begegnung war bereits Mitte Februar abberaumt worden.

Unterstanden fand gestern in Neuss eine Sitzung des NF-Ausschusses statt. Beschlüsse zur Sanierung des Baukonzerns wurden nicht gefaßt, hieß es. Etwas 100 Neue Heimat-Mitarbeiter demonstrieren vor dem Tagungshotel. Auf einem Transparent taten sie kund: „Unsere Leichen leben noch.“

DRK baut Erdbeben-Opfern ein Haus

EBERHARD NITSCHEKE, Bonn

Von unseren Sachen wurde nichts verbrückt – ich übernehme die Garantie dafür, daß unsere eingesetzten Mittel wirklich bei den Opfern der Naturkatastrophen von Mexiko und Kolumbien angekommen sind.“ Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, zerstreute die Bedenken zu den vom DRK finanzierten Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Erdbeben in Mexiko und dem Ausbruch des kolumbianischen Vulkans Nevado del Ruiz.

Der DRK-Präsident, der jetzt von einer Informationsreise aus den beiden lateinamerikanischen Ländern zurückkehrte, bezifferte die in der Bundesrepublik 1985 gespendeten Gelder auf elf Millionen (Kolumbien) und neun Millionen Mark (Mexiko). Daß noch nicht alles ausgegeben werden konnte, liege in Kolumbien am schwierigen Grundstückserwerb für den Häuserbau, den das DRK finanziert. In dem „legalistischen Land“

Kolumbien, so der DRK-Präsident, brauche man zur Bodenbeschaffung viel Zeit, während in Mexiko für den gleichen Zweck einfach entgeltet werde. Da die Wiederaufbaufür Mexiko vor allem von den USA gestützt würde – allein in Los Angeles wurden neun Millionen Dollar für Mexiko gesammelt – konzentrierte sich das DRK hier zunächst auf die Lieferung von Verbandsmaterial. Bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sei aber sogar die gesamte Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes wegen der verheerenden Folgen der Erdbebenkatastrophe nur ein relativ bescheidenes Mittel“ zur Linderung der Not.

Nachdem das DRK bereits in neun Ortschaften der mexikanischen Pazifik-Region Guerrero Baumaterial für die Erdbebenopfer verteilt hatte, wird das Programm jetzt ausgeweitet: Dörfer, die nur zu Fuß oder mit dem Pferd erreicht werden können, sollen jetzt auch in die Bauhilfe einbezogen werden. Für 170 Arbeitslose gewordene

Textilarbeiter wird mit DRK-Hilfe eine Textilgenossenschaft gegründet – wenn die deutsche Botschaft eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit abgeschlossen hat.

Das Deutsche Rote Kreuz verschenkt im Wohnungsbauprogramm des Mexiko-City-Stadteils Tepito keine Gelder, sondern unterstützt vor allem Selbsthilfe. Die Hilfsorganisation will ein Waisenhaus bauen und hat Beiträge für ein Prothesenprogramm geleistet.

Erschüttert zeigte sich der DRK-Präsident anlässlich der Vorstellung der Hilfsprogramme in Bonn vom Zustand im Gebiet und die durch den kolumbianischen Vulkanausbruch zerstörte Stadt Armero. Dort sei inzwischen die Suche nach den tausenden noch unter Schlamm-Massen vermissten Opfern der Katastrophe aufgegeben worden. Die Dankbarkeit über jede Hilfe und Solidarität, die er überall gespürt habe, sei in dieser Region besonders ausgeprägt.

DER KOMMENTAR

Oster-Trick

PETER SCHMALZ

Der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Wernitz hat seine Genossen gewarnt vor dem Gesellschaft, mit der sie sich am Ostermontag in den Taxidörfern Forst und in die Nähe des Bauzentrums der Wiederaufarbeitungsanlage zu begehen gedenkt. Es sei Schlimmeres zu erwarten als bei Brokdorf oder an der Startbahn West, befürchtet er. Und in Fragen der inneren Sicherheit gilt Wernitz als kundig, denn er leitet den Innenausschuß des Bundestags.

Doch Genosse Gerhard Schmid, Vorsitzender der ostbayerischen SPD, verwies Wernitz als „Schreibischtztrategen“ in die Ecke: Die SPD lasse sich nicht von einem „Einzelgänger durcheinanderbringen“. Das Durcheinander freilich war schon da. Unter dem Druck der Kritik – und angesichts der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über das, was zu Ostern zu erwarten ist – berief die Parteispitze schließlich doch, unabhängig vom „Einzelgänger“ Wernitz, eine Sondersitzung des Landesvorstands ein, um den

Ostermarsch noch einmal zu überlegen. Aber die Falken setzten sich durch: Der Appell zur Teilnahme wurde bekräftigt. Und mit ungläubiger Annaßung wurde der Polizei der Schwarze Peter zugeschoben: Die SPD vertraue darauf, heißt es in der gestrigen Erklärung, daß die Polizei das grundgesetzlich garantierte Demonstrationsrecht schützen wird.

Das reicht nach einem Eigen-Persilschein: Passiert nichts, haben wir's schon immer gesagt; gibt's Krawall, ist allein die Polizei schuld, weil sie nicht massiv genug aufgetreten ist. Vor Tagen noch warfen dieser Polizei Provokation und „kriegsgemäßes Auftreten“ vor, weil sie die jetzt geforderte Stärke bewies. Mit solchen Tricks kann sich die Partei nicht aus der Verantwortung schleichen. Sie ist vor diesem Ostermarsch gewarnt worden. Es ist ihre Sache, für die von ihr beschworene Gewaltlosigkeit zu sorgen; es ist ihre Verantwortung, wenn sie dabei scheitert.

Aquino löst das Parlament auf

Raketenanschläge erschüttern Tokio

DW, Manila
Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hat gestern die Nationalversammlung des Landes aufgelöst und eine Verfassung in Kraft gesetzt. Das als „Freiheits-Verfassung“ bezeichnete Grundgesetz soll so lange gelten, bis ein neues durch eine Volksabstimmung genehmigt worden ist. Das neue Grundgesetz verleiht der neuen Staatschefin eine Reihe von Sondervollmachten, die ihr in den kommenden Monaten tiefgreifende Reformen ermöglichen sollen.

DW, Tokio
Der japanische Kaiserpalast und die amerikanische Botschaft in Tokio waren gestern das Ziel von Raketenanschlägen. Menschen wurden durch die Anschläge nicht verletzt, die Sachschäden blieben gering. Die Polizei vermutete, die Täter könnten in Kreisen linksradikaler Gruppen zu suchen sein, die auf diese Weise gegen den Anfang Mai in Tokio geplanten Weltwirtschaftsgipfel und das 60jährige Regentenschatzjubiläum von Kaiser Hirohito Ende April protestieren wollen.

SPD demonstriert in Wackersdorf

Friedensgruppe mahnt die SED

iz München
Trotz Bedenken aus den eigenen Reihen bekräftigte der bayerische SPD-Landesvorstand auf einer außerordentlichen Sitzung seinen Aufruf, an der Osterdemonstration gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf teilzunehmen. Die Warnungen des Münchener Innenministeriums vor gewalttätigen Ausschreitungen werden als Diffamierung „von Tausenden von friedlichen Demonstranten“ bezeichnet. Seite 12: Bayerische SPD

DW, Weimar
In einem offenen Brief an die SED-Führung hat die Weimarer Friedensbewegung die Veröffentlichung des „Appells zum UNO-Jahr des Friedens“ vorgeschlagen. Der bisher nur in westlichen Medien veröffentlichte Aufruf fordert Reisefreiheit, Mitbestimmung und die Einhaltung der Menschenrechte in der „DDR“. Die Unterzeichner verlangen, „allen Bürgern der „DDR“ die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Appell auseinanderzusetzen zu können“.

Sieben Oscars für „Jenseits von Afrika“

WELT-Report Versicherungen

DW, Los Angeles
Der Hollywood-Film „Jenseits von Afrika“ hat gestern von der US-Filmakademie in Los Angeles sieben Oscars erhalten, darunter den am meisten begehrtesten Preis für den besten Film des Jahres 1985. Der österreichische Schauspieler Klaus Maria Brandauer, der in dem Film eine Nebenrolle spielt, ging leer aus. Als bester Schauspieler („Der Kuß der Spinnenfrau“) wurde William Hurt ausgezeichnet. Seite 22: Keine Chance

DW, Bonn
Das Image der Versicherer in der Bundesrepublik Deutschland ist besser als bisher angenommen. Umfragen haben bewiesen, daß Kunden mit „ihrer“ Versicherung durchaus zufrieden sind. Gibt es also keine Probleme? Oder wissen viele Bürger einfach kaum etwas über die Arbeitsweise und die Möglichkeiten von Versicherungen? Darüber wird der 54 Seiten umfassende WELT-Report Versicherungen, der dieser Ausgabe beiliegt, Auskunft geben.

USA belegen Entwicklung des „sowjetischen SDI“

Erstmals sowjetisches SS-20-Trägerfahrzeug als Foto

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Das amerikanische Verteidigungsministerium hat jetzt detailliert die sowjetischen Entwicklungen zur militärischen Nutzung des Weltraums dargestellt. In dem Jahresbericht über die Streitkräfte der UdSSR und deren Rüstung wird der Nachweis erbracht, daß seit mehr als zwanzig Jahren das strategische Denken der Sowjets von dem Willen beherrscht wird, das eigene Land für jede denkbare Art von Angriff unverwundbar zu machen.

So forderte bereits 1962 Marschall Sokolowski: Wir müssen ein unverwundbares Verteidigungssystem für das ganze Land schaffen. Während es im letzten Krieg genügte, 15 bis 20 Prozent der Angriffs-Luftstreitkräfte zu zerstören, ist es heute nötig, 100 Prozent Vernichtung für alle angreifenden Flugzeuge und Raketen zu garantieren.“

Bei der Darstellung der sowjetischen Forschungsprogramme für eine Art „rotes SDI“ wird vom Pentagon unter anderem erläutert, die USA müßten jährlich rund eine Milliarde

Dollar aufwenden, wenn sie entsprechend umfangreich wie die Sowjets die militärische Laseranwendung untersuchen wollten. Als einmalig in der Welt wird ein in der Sowjetunion entwickelter Energieerzeuger für Laserwaffen bezeichnet, der auf der Basis eines raketengetriebenen magnetisch-hydrodynamischen Generators mehr als 15 Megawatt elektrischer Energie erzeugt.

Das bisher umfangreichste Heft mit dem Titel „Sowjetische Militärmacht“ enthält darüber hinaus erstmals nicht nur Zeichnungen, sondern auch Fotos der Trägerfahrzeuge für die Mittelstreckenrakete SS-20.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger schreibt in der Einführung des Jahresberichts, es spreche keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion in Zukunft den Ausbau der Rüstung und ihrer Streitkräfte verlangsamen werde. Vielmehr zeigen die Anstrengungen bei Forschungen und Entwicklungen, daß die sowjetische Militärmacht im Wachsen begriffen sei.

Mehr Arbeit und ein neuer Star gegen das Stimmungstief

In einem Gespräch mit der WELT kündigt BMW-Chef Eberhard von Kuenheim für April und Juni Sonderschichten an. Ein Signal gegen die zunehmende Kritik und die Grabesänge der letzten Wochen.

Von HEINZ HORMANN

Einigen allen Unkenrufen, sagt der BMW-Chef, sind mit dem bisherigen Produktionsablauf die geforderten Stückzahlen an Fahrzeugen nicht mehr zu schaffen. In einigen Teilbereichen der Fertigung wird zukünftig sogar in drei Schichten produziert, Nachtarbeit, wo es nötig ist. Erinnerungen an erfolgreiche Aufbauten im Fertigungsdruck des Münchener Unternehmens gibt es erst, wenn das Werk Regensburg eingerichtet ist. Im November wird die Einweihung gefeiert.

Mit der Ankündigung von Sonderschichten und der nachdrücklichen Betonung von Zufriedenheit mit Verkauf, Ertragsituation und dem Betriebsklima der Chef-Etage erschöpft sich freilich von Kuenheims Offensive nicht. Für den Herbst wird die neue 7er-Serie angekündigt, neben der Mercedes-S-Klasse eine der beiden deutschen Spitzen- und Repräsentations-Reihen. Wenn er auf die Klasse dieser neuen Autos angesprochen wird, löst sich bei dem 53-jährigen Top-Manager die angeborene ostpreussische Zurückhaltung. Mit einem Anflug von Euphorie stellt von Kuenheim fest: „Für eine ganze Weile wird dieses Automobil ohne jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt sein, das Maß aller Dinge, sozusagen.“

Die Frage, ob sich diese Baureihe auch wieder an der Stuttgarter Konkurrenz orientiere, läßt die Hochstimung spürbar absacken: „Bei aller wirklich bewundernden Wertschätzung unseres Mitbewerbers in Stuttgart, der über Jahrzehnte Tolles geleistet hat, möchte ich doch sagen, daß es sich Gott sei Dank um völlig neue und dennoch BMW-typische Spitzenprodukte handelt.“ Was er damit meint, aber noch nicht sagt, sind vor allem die edlen Triebwerke. Der einzige 12-Zylinder-Motor aus deutscher Fertigung für den Weltmarkt, lange als Geheimnis gehütet, wird den Oberklassen-BMW antreiben.

Die zukünftige Vermarktung dieses Elitetransportes, aber auch der anderen Typenreihen nimmt der Firmenchef selbst in die Hand. Vor gut einer Woche demissionierte der bisherige Vertriebsvorstand Eberhard von Koerber nach Ärger mit dem Chef. Koerber habe nicht mehr die Kuenheim-Linie mit langweiligen, hausbacken gestylten Modellen verantworten wollen, hieß es. „Alle Spekulationen über diese Trennung waren falsch. Es gab andere konkrete Gründe. Ich habe Herrn von Koerber mein Wort gegeben, darüber nicht zu sprechen. Daran möchte ich mich halten.“

Nach dem Abgang von der Chefetage-Bühne im 22. Stock des BMW-Hochhauses ließen Kritiker die Liste von anderen Vorstandsmitgliedern auf der Zunge zergehen, die den

BMW-Chef im Krach verlassen hatten: Karl-Heinz Radermacher (Entwicklungschef bis 1983), Erich Haber, Robert Lutz, heute Europa-Präsident von Ford, und Paul Hahnemann. Die Frage drängt sich auf: Mögen Sie keine kritischen Mitarbeiter, Herr von Kuenheim?

Der Mann, der seit 1971 BMW mit starker Hand regiert und in die Spitzengruppe europäischer Hersteller führte, läßt sich mit der Antwort Zeit, schlägt mit der flachen Hand auf die Tischplatte und antwortet kontrolliert und leise: „Die kritischen Mitarbeiter, die mag ich sehr - im engeren Kreis um so lieber -, wenn sie wirklich das, was sie kritisch bringen, auch intellektuell durchdacht haben. Das ist Voraussetzung. Mit einer einzigen Gegenfrage die kritische Argumentation zum Zusammenbruch zu bringen, das mag ich nicht. Ich bin mir lieber vor fünf oder zehn meiner Bereichsleiter, als vor 55 000 Mitarbeitern.“

Neben den Personal-Problemen haben Kritiker dem Firmenlenker, der für die Modellpolitik verantwortlich ist, die zu späten Wechsel der Baureihen angekreidet und außerdem das späte Reagieren auf die Diesel-, Allrad- und Kombi-Welle. Nicht die erfolgreichen US-Geschäfte, sondern die schiefen Zahlen in der Bundesrepublik dienen als Argumentation. 1984 hatte BMW noch 6,7 Prozent Inlands-Marktanteile, im Januar 1986 waren es nur noch 5,2 Prozent. „Wenn Sie das alles hören und lesen, haben Sie da eigentlich noch Freude daran, BMW zu lenken?“ Die Antwort kommt ohne Denkpause: „Ich bin zwar nicht hier, um mir ständig Spaß zu machen. Aber bei der Aufgabe habe ich jeden Tag erneut Spaß.“

Den läßt sich von Kuenheim augenscheinlich auch nicht durch das Wechselbad der Meinungen verreiben. 1984 wurde er als der Automanager des Jahres gefeiert, der das beste Ergebnis in der Firmengeschichte erreichte. Ein Jahr später stand er im Regen.

Von Kuenheim gibt sich gelassen. „Ich habe manches mit Erstaunen und manches mit Amüsement gelesen, vor allem vor dem Hintergrund, daß 1985 fast alle Zahlen über dem Ergebnis des Jahres '84 lagen. Wir haben es allerdings nicht verstanden, draußen deutlich zu machen, daß wir die Situation, die sich durch die Dol-



Start zu einer neuen Offensive: BMW-Chef Eberhard von Kuenheim. FOTO: ROBERT KROESCHEL

lar-Parität ergeben hat, als Aufgabenstellung genutzt haben. Daß man die Entscheidung, das wirtschaftlich Richtige zu tun, als einen Fehler sieht, hat uns wirklich überrascht“, sagt von Kuenheim und relativiert die verlorenen Prozentpunkte im Inland. „Der deutsche Markt ist für uns sehr wichtig, der wichtigste überhaupt. Trotzdem macht er nur etwa ein Drittel des gesamten Umsatzes. Man darf ein Gesamturteil aber nicht fällen, wenn man zwei Drittel in der Betrachtung unter den Tisch fallen läßt.“

Von Kuenheim, im schlichten Manager-Grau mit Clubkrawatte, schreibt durch sein helles, freundliches Lächeln: weiche Sitztecke in dezentem, braunem Cordamat, Strukturtapete und Gemälde von Werner Lichtner-Aix, Landschaften in frischen, klaren Farben. Vor einem gläsernen Stehpult verharret er. Ein 3er-Modell von einem halben Meter Länge ist im Glasblock eingeklinkt. Ein Anstoß, über die kompakten Fahrzeuge der Bayerischen Motoren-Werke nachzudenken. Diese Autos liefen besonders gut, resümiert von Kuenheim. Zwei bis drei Jahre hintereinander seien sie nach dem Golf und dem Kadett die meistgekauften Modelle in der Bundesrepublik.

Die direkten Nachkommen der sportlichen 2002-Generation, die das BMW-Image auf breite Basis setzten, liegen dem Vorstandsvorsitzenden besonders am Herzen. Erinnerungen

werden nach der Entwicklung nach dem Kriege. Von Kuenheims Rückblick im Zeitraffer: „Wir haben erst in den 60er Jahren in einer sehr kleinen Zelle die Aufholjagd begonnen. So etwas kostet eine Generation, 20, 25 Jahre. Wir haben heute zu den Mitbewerbern aufgeschlossen, aber wir sind natürlich immer noch kleiner als die ganz Großen. Das harte Tempo, das nötig war, um unser Ziel zu erreichen, macht eine gewisse Phase des Neubeginns und des Luftnehmens nötig.“

Also alles bestens, eine Bilanz voller Stolz, ohne Makel, eine Unternehmensführung ohne Fehl und Tadel? Sicherlich nicht. Ganz zweifellos wurden tatsächlich auch strategische Fehler gemacht. Die mag auch der BMW-Chef zwar nicht wegdiskutieren, er hat allerdings sofort ein „Aber“ parat. So räumt er ein, daß der Diesel zu spät angeboten wurde. Die Erklärung dafür: „Wir haben uns lange schwergetan, uns mit dem Diesel zu befassen, weil unsere Kunden sagten, das werden wir euch untreu. Denn Diesel paßt nicht zu BMW. Sicherlich, der späte Einstieg war nicht glücklich, aber wir konnten nicht ahnen, daß unsere allmächtige Regierung eines technischen Produkts, an dem nichts geändert werden ist, eine Steuerpräferenz gewähren würde.“

Zu spät präsentierte BMW, früher Vorreiter wegweisender Technologien, auch den Allradantrieb. Die Idee, so von Kuenheim, die nach dem Vorbild des Bundeswehrfahrzeugs „Iltis“ bei Audi umgesetzt worden war, sei gut. Man habe in seinem Unternehmen zu spät gesehen, daß allradangetriebene Fahrzeuge auch in der zivilen Anwendung Furore machen würden. Das „Aber“: Der Vierradantrieb koste zwischen 5000 und 10 000 Mark, und das sage mit dafür, daß die Autos zwar immer perfekter, aber eben auch immer teurer würden.

Die Zukunft des Automobils bewertet er optimistisch. Allerdings glaubt er nicht, wie viele seiner Kollegen, daß es in den nächsten 10 oder 20 Jahren das „denkende“ Fahrzeug geben wird. „Das Wunderauto, das Fahrfehler vermeidet und zur Not alleine in seinen Stall fadet, sehe ich in der nächsten Zeit noch nicht.“

An der „Todeslinie“ spielt Khadhafi mit dem Feuer

Für Muammar el-Khadhafi ist Amerika der „Teufel“. Durch sowjetische Waffen und politische Rückendeckung ermutigt, läßt sich der libyische Revolutionsführer erneut in einen spektakulären Kraftakt ein, um eine imaginäre „Todeslinie“ zu verteidigen.

Von PETER M. RANKE

Endlos scheint die Küstenstraße längs der Großen Syrte zwischen Bengasi und Tripolis. Der Verkehr hat hier in den letzten Jahren stark zugenommen, denn zwischen Syrte und Sidra sind Staatsfarmen mit grünen Feldern und Geflügelzucht entstanden, sind die Ölpfänder und große militärische Stützpunkte zum Schutz der Ölfelder ausgebaut worden. Ghurdabiya mit seinen erst im Februar installierten SAM-5-Luftabwehraketen soll die Ölfelder sichern, in Umm Itica, früher Wheelus bei Tripolis, starten und landen vor allem sowjetische Fernaufklärer, die auch amerikanische Kriegsschiffe verfolgen.

Wheelus war einst eine amerikanische Basis und kennzeichnet nun den Machtantritt des Obersten Muammar el-Khadhafi am 1. September 1969 stattgefunden hat. Die Sowjetunion ist nicht formell, aber doch der praktische Bundesgenosse des libyschen Revolutionsregimes. Erst Mitte Oktober vorigen Jahres war Khadhafi wieder in Moskau, sein Stabschef, Brigadegeneral Abu Bakr Junis Jaber, folgte im Januar. Möglicherweise sind damals Absprachen getroffen worden, wie Libyen den amerikanischen Manövern vor der libyschen Küste begegnen soll.

Nach der Verhängung des amerikanischen Wirtschaftsboykotts gegen Libyen wegen der Terroraktionen in Wien und Rom am 27. Dezember wußten die noch im Lande arbeitenden 1500 Amerikaner, daß sich die Krise zuspitzen würde. Sie waren vor allem im Ölgeschäft und als Techniker tätig. Wenn der libysche Rundfunk seit Dienstag früh dazu auffordert, die noch in Libyen befindlichen hundert „amerikanischen Spione“ umzubringen und in allen arabischen Ländern Jagd auf Amerikaner zu machen, so kommt das einer Kriegserklärung auf dem Felde gleich, das Khadhafi beherrscht: Terror und Geiselnahme.

Die militärischen Aktionen des Obersten blieben, wie in Tschad, dagegen stets erfolglos. Auch ein kürzlicher Vorstoß konnte des Regime von Hissen Habre nicht stürzen, weil ihm, wie jetzt in der Syrte, eine westliche Militärmacht entgegentrat: Frankreich. Französische Fallschirmjäger und Kampfflugzeuge schützten die Hauptstadt N'Djamena, wo fünf Libyer als Gefangene vorgeführt wurden. Die beiden Unteroffiziere und drei Soldaten waren als Ausbilder bei den Rebellen eingesetzt. Andere dienen bei der „Islamischen Legion“, die Khadhafi zum Einsatz in Westafrika bereithält.

Seine eigene Truppe wird von sowjetischen, nordkoreanischen und Beratern aus der „DDR“ betreut. Für seine 3,5 Millionen Einwohner hat Libyen unter Khadhafi eine große Mil-

itärmacht aufgebaut, vor allem mit sowjetischen, aber auch mit französischen und italienischen Waffen. Das Heer von rund 55 000 Mann soll über 2900 Panzer verfügen, die Luftwaffe über 535 Kampfflugzeuge, unter ihnen 300 sowjetische MiG-Typen. Dazu kommen moderne SAM-Abwehraketen und SS 21 als weitreichende Artillerie. Die Sowjets mögen die für Libyen weit übertriebene Aufrüstung auch als Depotfunktion für den Krisenfall gegenüber der NATO-Südflanke betrachten. Denn als Militärmacht selbst werden die Libyer nicht sehr hoch eingeschätzt.

„Der Breitengrad 32,5 ist die Todeslinie für die Amerikaner“, erklärte Khadhafi im Januar. Um diese Linie im Mittelmeer verteidigen zu können, braucht er die SAM-5 mit rund 300 Kilometern Reichweite und bis zu 29 Kilometern Höhe. Die in den sechziger Jahren entwickelte und seitdem verbesserte Rakete ist für die modernen amerikanischen Maschinen zu langsam, sie kann jedoch aufklärern und Transportern gefährlich werden. Zum Schutz der SAM-5-Stellungen dienen mobile Luftabwehr-Raketen wie SAM-6 und SAM-8, die auch die Syrter von den Sowjets bekommen haben.

Es war die Unterstützung des Sandinisten-Regimes in Nicaragua, die Khadhafi seit 1983 endgültig auf Kon-

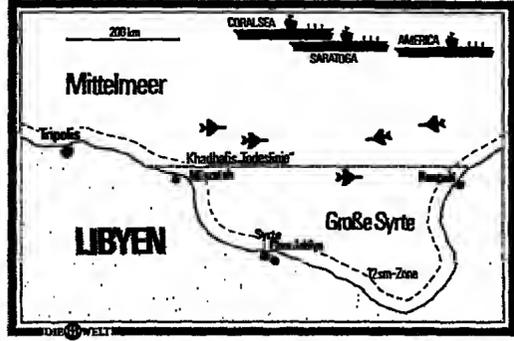
frontationskurs mit den USA brachte. In Anwesenheit des nicaraguanischen Innenministers Tomas Borge rief Khadhafi am 1. September 1984 in Tripolis der Menge zu: „Libysche Kämpfer, Waffen und Unterstützung sind dem Volk von Nicaragua zuteil geworden, weil es mit uns Amerika auf amerikanischem Boden bekämpft.“

Mit Geld und Waffen unterstützt Khadhafi alle „Befreiungsfronten“, wenn sie sich gegen westliche Regierungen richten, von der baskischen Eta bis zu den Kanaken in Neu-Kaledonien, von der japanischen „Roten Armee“ bis zu den schifftischen Geheimorganisationen in Libanon. Allein nach Nicaragua gingen bisher jährlich hundert Millionen Dollar an Hilfe in den verschiedensten Formen.

Allerdings läßt der Geldsegen nach, weil Khadhafi wegen der gesunkenen Öleinnahmen auch zu

frontationskurs mit den USA brachte. In Anwesenheit des nicaraguanischen Innenministers Tomas Borge rief Khadhafi am 1. September 1984 in Tripolis der Menge zu: „Libysche Kämpfer, Waffen und Unterstützung sind dem Volk von Nicaragua zuteil geworden, weil es mit uns Amerika auf amerikanischem Boden bekämpft.“

Zu stürzen ist Khadhafi mit militärischen Mitteln wohl nur um den Preis eines Krieges, aber die Amerikaner hoffen, ihn wohl zu demütigen, zu „entzaubern“ und zu isolieren. Auch das Niederkämpfen des ränberischen Beys von Tripolis durch die US-Flotte vor 182 Jahren dauerte seine Zeit, aber die Amerikaner blieben die Sieger. (SAD)



Die Zusammenstöße ereigneten sich südlich der von Khadhafi gezogenen „Todeslinie“. Die USA erkennen nur die 12-Meilen-Zone als Hoheitsbereich an. Im Norden die Positionen der drei US-Flugzeugträger.



Neuer Superstar aus München: Der einzige deutsche Zwölf-Zylinder, ein BMW der 7er-Reihe, wird im Herbst vorgestellt. FOTO: AUTO ZEITUNG

„Bei unserer Bank bekommen wir die gesamte Baufinanzierung unter einem Dach. Daß sie uns dieses Angebot machen konnte, hat seinen besonderen Grund: Sie bildet zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund. Bei unserem alten Haus stehen wir auf behutsame Modernisierung, bei der Finanzierung auf sicherem Boden.“



Der Verband: Volksbanken, Raiffeisenbanken mit mehr als 18.000 Bankstellen

DB-BANK Deutsche Genossenschaftsbank

7 regionale Zentralbanken

Bausparkasse Schwäbisch Hall

DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekendarlehen

DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG Münchener Hypothekendarlehen eG R+V Versicherung Union-Investment-Gesellschaft

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

LE FIGARO

entkomme

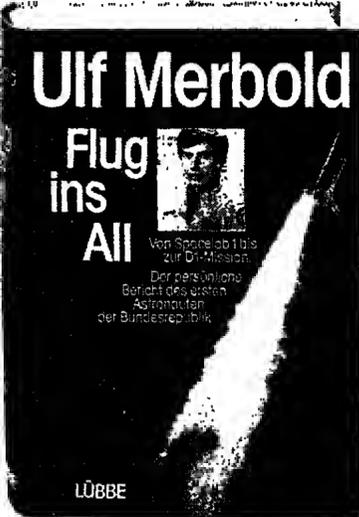
Die Aktuellen

Diese fünf Bücher sollten Sie kennen. Warum?

Das Jahr 1986 steht im Zeichen des 200. Todestages Friedrichs des Großen. Zwei Titel widmet der Lübbe Verlag aus diesem Anlaß dem Leben des Preußenkönigs:

einen großzügig ausgestatteten Text-Bildband des bekannten Publizisten Christian Graf von Krockow, mit 190 Fotos von Karl-Heinz Jürgens, davon 70 in Farbe ... 224 Seiten. DM 88,-

... und die Friedrich-Biographie von Wolfgang Venohr, über die DIE WELT schrieb: »Ein Lesegenuß höchsten Ranges!« Nach einem halben Jahr bereits in der vierten Auflage. 416 Seiten, 14 Abb. DM 39,80



Seit Spacelab 1 und der D1-Mission nimmt auch die Bundesrepublik an der bemannten Raumfahrt teil. Ulf Merbold berichtet in seinem Buch von seinem Raumflug und der wissenschaftlichen Ausbeute - von einem großen technischen Abenteuer, über dessen Sinn nicht erst seit dem tragischen Unglück der »Challenger« leidenschaftlich diskutiert wird. Mit 60 Farbfotos, 352 Seiten. DM 36,-

Bisher war uns Tibet als Reiseland verschlossen - jetzt öffnet es seine Tore. Wer Tibet, seine Menschen und seine Landschaft, seine Kultur und seine heiligen Stätten nicht nur sehen, sondern auch verstehen will, für den ist dieses Buch von Helmut Uhlig der unentbehrliche Begleiter. 288 Seiten, 40 Abbildungen, davon 29 in Farbe. DM 39,80



Die Politiker gehen, die Künstler bleiben: Maja Plissetzkaja, Swjatoslaw Richter, Oleg Kagan und andere sind nicht nur in ihrer Heimat, sondern auch im Westen große Stars. Norbert Kuchinke porträtiert sieben sowjetische Künstler - »Götter der Nation« - und schreibt von ihrem Leben und ihrer Arbeit. 272 Seiten, 62 Abb. DM 38,-

LÜBBE

War Spion beim BR verurteilter Agent des MfS?

PETER SCHMALZ, München
War ein „DDR“-Agent acht Jahre lang beim Bayerischen Rundfunk als Sicherheitsbeauftragter beschäftigt, der Zugang zu allen Unterlagen des Senders hatte und auch über die geheimen Ausweichstandorte aller ARD-Anstalten informiert war? Diese brisante Frage stellt der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Peter Paul Gantzer in einem Schreiben an Bayerns Innenminister Karl Hillermeier.

Sollten die von Gantzer zusammengetragenen Fakten zutreffen, wären die bayerischen Sicherheitsbehörden mit einem für sie blamablen Fall konfrontiert. Nach Gantzers Angaben soll ein Mann namens Werner Heider in früheren Jahren als Agent des „DDR“-Staatsicherheitsdienstes aufgefallen und zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sein.

Vor neun Jahren bewarb sich Heider laut Gantzer als Sicherheitsbeauftragter beim BR. Obwohl er den Namen angab, unter dem er verurteilt worden war, verließ eine Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz angeblich ohne Befund.

1985 wurde er verhaftet. In seinen Unterlagen wurden geheime Nummern des Verfassungsschutzes ebenso gefunden wie Hinweise, daß er engen Kontakt zum Landeskriminalamt, zu den bayerischen Polizeipräsidien, zum Verfassungsschutz und zum Bundesnachrichtendienst hatte. Das Ministerium bestätigte gestern, daß Heider 1980 wegen Landesverrats verurteilt wurde. Im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung sei der BR 1977 davon unterrichtet worden. Konsequenzen für das Arbeitsrecht habe jedoch allein der Sender zu entscheiden gehabt.

Die Koalitions-Karten sind verteilt: Schwarz-gelb spielt gegen rot-grün

Von GEORG BAUER

Im nördlichsten Bundesland formieren sich die Fronten für die im Herbst des nächsten Jahres anstehende Landtagswahl. In den Parteienzentralen in Kiel geben sich die Funktionäre auf der Suche nach Partnern auf Landesebene noch zugeknöpft. Eifrig bereiten aber die Vertreter an der Basis nach der Kommunalwahl mit der Entscheidung über die Besetzung von Positionen für Bürgervorsteher, Stadt- und Kreispräsidenten und Landräten in den Kommunen, kreisfreien Städten und Kreisen den Boden für künftige Konstellationen.

Das Liebeswerben der SPD konzentriert sich auf die Grünen. Mit einem Ergebnis von 74 Prozent hatten sie unerwartet Stärke in Schleswig-Holstein demonstriert und den Sozialdemokraten klagen gemacht, daß eine Alleinherrschaft der SPD im nördlichsten Bundesland nach der Landtagswahl im Herbst 1987 Wunschen ist. Stimmen aus den Reihen der SPD lassen erkennen, daß diese Erkenntnis sich trotz gegenteiliger Parolen aus der Fraktionspitze auch in der SPD-Führung durchzusetzen beginnt.

Noch kurz nach der Wahl hatte der Oppositionsführer im Landtag, Björn Engholm, die Lösung ausgegeben, in Schleswig-Holstein aus eigener Kraft einen Machtwechsel herbeizuführen. Eine rot-grüne Diskussion, so betonte die Pressestelle, werde man sich nicht aufzuringen lassen.

Doch kaum waren die ersten Stunden nach der Wahl verstrichen, strafe der SPD-Landesgeschäftsführer, Klaus Rave, die Fraktionspitze Lügen. Natürlich sei die SPD

zu Gesprächen mit den Grünen bereit und - in der Annahme, daß die SPD den Machtwechsel nicht aus eigener Kraft schaffen kann, fügte er hinzu: Bei einem Einzug in den nächsten Landtag könnten die Grünen doch mit Hilfe ihrer Stimmen Engholm auf den Sessel des Ministerpräsidenten hieven. Die positive Reaktion des Landesgeschäftsführers der Grünen, Heimo Schomaker, bewies, daß sie gegenüber solchen Offerten nicht abgeneigt sind.

Das rot-grüne Tête-à-tête wird auf kommunaler Ebene bereits in eine Form gegossen. In Bad Oldesloe, Itzehoe, Pinneberg, Preetz und Rendsburg etwa zeichnen sich Übereinkünfte ab, zumal sich die Sozialdemokraten mit dem Gedan-



ken vertraut gemacht haben, die Forderung der Grünen nach einem Grundmandat in den Ausschüssen zu erfüllen. Selbstbewußt heißt es bei den Grünen: Wir werden uns nicht verkaufen. Schomaker wertete daher die Bereitschaft der SPD, Ausschüsse zugunsten der Grünen zu erweitern, auch als Beweis für den Willen der SPD, den Grünen entgegenzukommen.

Das rot-grüne Zusammengehen wird gefördert durch die Marschroute, die die Kieler CDU-Zentrale ausgegeben hat. Rolf Rüdiger Reichardt, der Generalsekretär der Partei, machte bei einer Zusammenkunft mit den Kreisvorsitzenden seinen Parteifreunden unmissverständlich klar, daß ein Zusammenspiel mit den Grünen auch auf kommunaler

ler Ebene auf keinen Fall in Frage komme. Günter Kohl, Pressesprecher der CDU: »Wir wollen, daß die SPD Farbe bekannnt.«

Die Mahnung an die Parteifreunde, die Generallinie nicht durch örtliche Absprachen zur Sicherung kommunaler Positionen ad absurdum zu führen, war insbesondere im Fall Itzehoe angebracht, wo Christdemokraten und Grüne ihre Gedanken über die politische Arbeit intensiv auszutauschen begannen. Erst ein Machtwort aus Kiel ließ die CDU-Vertreter den Weg Richtung Opposition antreten.

Als Partner empfiehlt der in Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, handelnde Reichardt die Freien Demokraten: »Wir raten unseren Parteifreunden, die Nähe der FDP zu suchen.« Mit der Bemerkung, auch Übereinkünfte mit der SPD seien nicht auszuschließen, will die CDU ferner den Sozialdemokraten den Boden für den Vorwurf entziehen, die Christdemokraten seien an einer Zusammenarbeit mit der SPD nicht interessiert. Ihr biete sich daher keine andere Alternative als die Grünen.

Auch die FDP sieht sich in einem Boot mit der CDU. Die Entscheidungen trafen zwar die Parteifreunde an der Basis, so die Parteizentrale. Sie macht aber keinen Hehl daraus, daß sie Übereinkünfte mit den Christdemokraten anderen Konstellationen vorzieht. Mit ihrem Ja zur CDU geben sie zu verstehen, daß sie bei einem Einzug in den Landtag mit ihren Stimmen Barschel zum Ministerpräsidenten wählen würden, sofern die CDU die absolute Mehrheit nicht erreichen sollte.

Kommission bewertet Europaverfassung positiv

Zusatzklärung soll deutsche Interessen wahren

GÜNTHER BADING, Bonn
Der Bundestag wird sich nach der Osterpause mit dem Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union zu befassen haben. Die Europa-Kommission unter Vorsitz der CDU-Politikerin Renate Hellwig hat dazu eine Empfehlung im Parlament eingebracht, die den Entwurf grundsätzlich positiv beurteilt, allerdings eine Reihe von Vorschlägen macht, die die besonderen deutschen Interessen wahren sollen.

In der Vorbemerkung zu den Empfehlungen heißt es, der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments könne sich nicht an »klassische« Verfassungsvorbildern orientieren, da die gewachsenen Nationalstaaten Europas noch nicht bereit seien, ihre Souveränität zugunsten eines europäischen Bundesstaates aufzugeben. Man gehe deshalb davon aus, »daß die Mitgliedstaaten vorerst der bestimmende Faktor bleiben und sich erst allmählich zusammenschließen«. Die Europa-Kommission, der elf Abgeordnete des Bundestages und 14 Mitglieder des Europäischen Parlaments angehören, empfiehlt auch, mit Rücksicht auf den föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland die Aufgabenstellung der Europäischen Union auf klar umrissene Felder zu begrenzen.

Für Grundrechtskatalog

Konkret heißt es, der Passus über die Aktionsweise und Zuständigkeiten der Union (Artikel 9 bis 13 des Vertragsentwurfes) sollte »dahingehend geändert werden, daß die Union nicht schon dann tätig wird, um Aufgaben zu verwirklichen, die gemeinsam wirkungsvoller wahrgenommen werden können«. Es müsse sich um Aufgaben handeln, die »notwendigerweise« gemeinsam wahrgenommen werden müssen.

Mit Bedauern stellt die Europa-Kommission fest, daß der Entwurf

für eine Europäische Union keinen Grundrechtskatalog enthält. Der Verweis auf die Grundrechte und Grundfreiheiten in den Verfassungen der Mitgliedstaaten genüge nicht, da diese zu unterschiedlich ausgestaltet seien und nicht in allen Verfassungen alle Grundrechte vollständig enthalten seien.

Obwohl die sogenannte »Besitzstandsklausel« ausreiche, um alle im geltenden Gemeinschaftsrecht enthaltenen deutschsprachigen Elemente - etwa die Behandlung der »DDR« als Inland in den europäischen Wirtschaftsbeziehungen - auch zu rechtlichen Bestandteilen der Europäischen Union werden zu lassen, empfiehlt die Europa-Kommission noch eine zusätzliche Erklärung der Bundesregierung bei der Ratifizierung des Vertrages.

Länder äußern Bedenken

Zu den Bedenken einiger Bundesländer, darunter auch Bayern, gegen die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union verweist Frau Hellwig auf die im Grundgesetzartikel 24 Absatz 1 vorgesehene Ermächtigung. Dort heißt es: »Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.« Auch in der Empfehlung an den Bundestag wird diese Auffassung vertreten. Die Europa-Kommission sei sich einig, berichtet Frau Hellwig, daß die von einigen Ländern gewünschten Mitspracherechte auf europäischer Ebene nicht zu verwirklichen seien. Sie macht das an einem Beispiel deutlich. In der Praxis wäre das so, als wollten die Kommunalverwaltungen an den Ländern vorbei auf Bundesebene mitreden und mitentscheiden. Wenn man wirklich den föderativen Gedanken erhalten wolle, so sei der richtige Weg dazu, das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments, in dem Parlamentarier aus allen Regionen Europas säßen, zu stärken.

Saar-CDU zweifelt am Erfolg im Schulstreit

Volksbegehren gegen finanzwirksames Gesetz unzulässig

ULRICH REITZ, Saarbrücken
Das von CDU und FDP initiierte und organisatorisch unterstützte Volksbegehren gegen die Gesamtschul-Pläne von Kultusminister Dieter Breitenbach (SPD) löst in der CDU nun Unbehagen aus. Nach den jüngsten Ausführungen von Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD), der mit Blick auf die Volksabstimmung sagte: »Wir haben diese Entwicklung im Griff...«, rechnet die größte Oppositionspartei jetzt damit, daß die Landesregierung das Volksbegehren abweist. Dies ist, wie aus der Regierung verlautete, »wahrscheinlich«.

Vor diesem Hintergrund könnte der »Schnellschuß« (Lafontaine) der Opposition leicht zu einem Burnout werden, die die Anwendbarkeit der verfassungsrechtlichen Bestimmungen auf ein Volksbegehren offenbar nicht hinreichend geprüft haben. Dazu der Ministerpräsident: »Opposition will gelernt sein. Und wenn man zu schnell aus der Hufe schleißt, dann vergaloppiert man sich leicht. Und wenn man die eigene Initiative nicht sorgfältig absichert, dann vergaloppiert man sich noch mehr.«

Auf Konsens eingestellt

Eine rechtliche Handhabe, es gar nicht erst zu einer Volksabstimmung kommen zu lassen, bietet der Landesregierung Artikel 99 der Landesverfassung: »Ein Volksbegehren ist nicht zulässig, wenn es sich gegen ein finanzwirksames Gesetz richtet.« Lafontaine ließ keinen Zweifel daran, daß er den Referentenentwurf von Breitenbach für finanzwirksam hält. Die Notwendigkeit einer Schulreform begründete der Regierungschef mit »pädagogischen und finanziellen Gründen«. Sie könne einen Beitrag zur Sanierung des Etats leisten.

Vor diesem Hintergrund ist die CDU jetzt bemüht, nach anfänglichem Konfrontationskurs gegen die »Schulschließungspläne« Breitenbachs auf eine Kompromißlinie ein-

zuschwenken, die Lafontaine selbst vorzeichnete. Die Landesregierung ist bereit, statt der im Breitenbach-Entwurf vorgesehenen Mindestgröße für Schulen von 60 Schülern auch Schulen mit nur 40 Schülern pro Jahrgang zuzulassen.

Darüberhinaus will die SPD-Regierung eine »Denkpause« einlegen. Über die für den Herbst geplante Einführung von Gesamtschulen hinaus sollen vorerst keine weiteren Gesamtschulen eingeführt werden. Lafontaine nannte diesen Kompromißvorschlag ein »vertretbares Angebot an alle vernünftigen und kompromißbereiten Kräfte in diesem Lande«.

Kompromißvorschlag

Für die CDU lief auf der Basis des Lafontaine-Vorschlags eine Einigung mit der Landesregierung möglich, wenn ein neues Schulordnungsgesetz »nicht mehr in diesem Jahr« verabschiedet wird, so CDU-Fraktionschef Günter Schwarz zur WELT. Schwarz räumte jedoch ein - ein Beleg für das zunehmende Unbehagen gegenüber der Einleitung des Volksbegehrens - daß ein Kompromiß mit der Landesregierung wegen der Festlegung der Opposition auf eine Volksabstimmung nunmehr »schwierig« sei.

Schließlich hätten zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Parteien »das Heft nicht mehr in der Hand«. Aber: Fänden Regierung und Opposition einen Kompromiß, noch bevor die Landesregierung über die Zulassung des Volksbegehrens entschieden hat, kann die »Aktionsgemeinschaft Retter der Schulen«, die formell die Volksabstimmung organisiert und deren Sprecher CDU und FDP angehören, ihren Antrag zurückziehen.

Dann stünde die CDU nicht vor der gleichen Frage, ob sie nur der Glaubwürdigkeit wegen gegen eine rechtlich abgesicherte Entscheidung der Landesregierung vor den Landesverfassungsgerichtshof ziehen soll.

Die Nürtinger glauben, ohne Bunker sicher zu sein

HANS KRUMP, Nürtingen
Für den Oberbürgermeister ist das Ergebnis eine »große Überraschung«, für den CDU-Fraktionsvorsitzenden schlichtweg »ein Rätsel«. 85,2 Prozent der Abstimmenden votierten in Nürtingen (Kreis Esslingen) in einem Bürgerentscheid gegen den Ausbau einer Tiefgarage zu einem Zivilschutzraum für 2000 Personen. Nur 14,8 Prozent (Wahlbeteiligung: 57 Prozent) waren für den ersten Schutzraum in einem öffentlichen Gebäude der 35 000-Einwohnerstadt.

Eine Front von SPD, Grünen und kirchlichen Gruppen hatte in Anzeigen, Leserbriefen, auf Veranstaltungen und mit Flugblättern gegen das Vorhaben der Mehrheitsparteien CDU, FDP, »Unabhängige Freie Bürger« (UFB) und des parteilosen Oberbürgermeisters mobilisiert. Mit Slogans wie »Bunker nützen nichts im Ernstfall, also brauchen wir keine« bewegten sie 11 800 Nürtinger, mit Nein zu stimmen. Folge des Votums in Nürtingen, wo die Schutzraum-

Gegner das erforderliche Quorum von 30 Prozent der Wahlberechtigten überschritten haben: Die Stadt wird nicht mehr initiativ im Schutzraumbau.

Oberbürgermeister Alfred Baschofer meint, daß die Bürger »quer Beet durch alle Parteien« gegen das Vorhaben gestimmt haben. »Das Resultat überrascht mich, weil der Bürgerentscheid von uns sorgfältig vorbereitet wurde.« Baschofer verweist auf eine städtische Informationsbroschüre, die an alle Haushalte verteilt worden sei. Andere meinen, daß da nicht genug getan wurde gegen die breite emotionale Kampagne« (UFB-Fraktionsvorsitzender Walter Stauff) davor, die im Schutzraumbau Kriegsvorbereitungen sehen.

Gegenargumente, etwa daß solche Zivilschutzräume auch Schutz vor atomarem Regen oder gegen explodierende Atommeiler bieten könnten, gingen in den allgemeinen Gefühlsaufwallungen unter. Staff: »Die Geg-

ner des Schutzraums waren weitaus aktiver als die Befürworter, die letztlich völlig untergebuttert wurden. Die entscheidenden Verurteilten sind aber wohl bei der Bundesregierung zu suchen, die bis heute eine klare Gesetzgebung wie die Schweiz nicht zustandegebracht hat.«

Nach dem Zivilschutzgesetz wird der Bau von Schutzräumen zwar staatlich gefördert, ist aber nicht verpflichtend. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Zivilschutzräume nur für 3,6 Prozent der Bevölkerung (in der Schweiz für 85 und in Schweden für 70 Prozent). Die Einrichtung der Zivilschutzplätze hätte Nürtingen keinen Pfennig gekostet. Der Bau wäre vom Bund finanziert worden. Doch dies interessierte die Gegner nicht, die geschickt die Kriegstürcht der Menschen ausnutzen. Eine »Nürtinger Initiative gegen Atombunker« fragte in einem Flugblatt: »Wie wirkt es auf die Gegenseite, wenn die Deutschen das »Bunkerbau-Fieber« bekommen? Was hatte es

bedeutet, als bei uns das letzte Mal Bunker gebaut wurden?«

SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Nauendorf freut sich über das Votum der Nürtinger: »Solche Schutzräume nützen kaum etwas in einem Kriegsfall. Wir sollten uns statt dessen mehr auf die Abrüstung konzentrieren.« Er glaubt, daß für den Ausgang des Votums vor allem eine Ärzte-Gruppe beigetragen hat, die in Anzeigen erklärte, daß solche Zivilschutzräume im Ernstfall keinen ausreichenden Schutz bieten.

Nürtingen ist nach Waldkirch im Breisgau die zweite Gemeinde in Baden-Württemberg, wo der geplante Ausbau öffentlicher Einrichtungen zu Schutzräumen durch Bürgerentscheid verhindert wurde. In Bonn ist man aber nicht besorgt, daß in dieser Frage ein Flächenbrand entzündet könnte. Hans-Günter Kowaldt vom Bundesinnenministerium: »Die Mittel, die diese Gemeinden bekommen hätten, kriegen nun eben andere.«

Frankreichs Linke sucht jetzt nach den Schuldigen

Nach dem Debakel nun der ideologische Grundsatzstreit

PETER RUGE, Paris

Eine Woche nach den Parlamentswahlen beginnt Frankreichs Linke mit der Nabelschau. Die Sozialisten mußten inzwischen einen weiteren Machtverlust hinnehmen: In den 22 Regionalparlamenten fielen 20 Präsidentsitze an die bürgerliche Rechte - zum Teil mit den Stimmen der Nationalen Front des Rechtsaußen Le Pen. Die Kommunisten dagegen stehen vor einer Zerreißprobe: Die 142 Mitglieder des überaus einflussreichen Zentralkomitees haben sich mit der Tatsache auseinandergesetzt, daß die Partei im Sturzfall dahingegen ist, von wo aus sie 1924 in Frankreich startete: bei 9,8 Prozent der Stimmen.

Es fehlt nicht an Kritik. Pierre Juquin, ehemals Sprecher der Partei Communiste Français (PCF), den die alte Riege um Generalsekretär Georges Marchais aus dem Politbüro feuerte, führt die „Gruppe der Erneuerer“ an. Er wettert gegen die „Ideologie der Betonköpfe“, die schon auf dem letzten Parteitag eine „demokratische Debatte“ verhindert hätten. Seinem Appell zu einem außerordentlichen Parteitag haben sich inzwischen mehrere kommunistische Bürgermeister und zahlreiche Intellektuelle angeschlossen.

Wird also ein neues Blatt in der Geschichte der KPF aufgeschlagen? „Alles ist möglich“, sagen die Erneuerer, die eine Kurswende wollen. „Wir müssen aus der Bevormundung Moskaus heraus“, folgern die Freunde von Juquin, denen ein Kommunismus à la Italien vor Augen steht.

Neues Kampfblatt

Die Erneuerer wollen diesmal nicht wieder bei der Parteiführung auf Granit bleiben: „Uns genügt, sechs Abgeordnete auf unsere Seite zu ziehen, und die Partei würde ihren Fraktionsstatus in der Nationalversammlung verlieren.“ Nicht genug damit: 150 Persönlichkeiten aus der linken Szene haben ihre Unterstützung für ein neues Kampfblatt zugesagt: die Parteilzeitung „Humanité“ wird Konkurrenz erhalten durch die Zeitschrift „M“, wie monatlich, marxistisch oder mobil.

Während also Bewegung in die kommunistische Partei hineingetragen wird, schließt sich die Sozial-

istische Partei in sich enger zusammen. Auf die von den Wählern geschlagenen Wunden wird das Traumpflaster aufgelegt: „Die PS ist mit 214 von 577 Sitzen die stärkste Fraktion im Parlament.“ Lionel Jospin, der sozialistische Generalsekretär, hat die Lösung ausgegeben: „Wir holen uns die Macht wieder.“

Verlust bei der Jugend

Dennoch zeichnet sich auch in der PS ab, daß ein ideologischer Grundsatzstreit vor der Tür steht: Eine Standortbestimmung wird auch hier unumgänglich, wenn die Partei ihre ideologische Glaubwürdigkeit zu rückergängen will. Theoretiker wie Jean Poperein, die Nummer zwei der PS, rufen dazu auf, nun „zur wahren Lehre“ zurückzufinden, was als Warnung an die Verstandenen werden muß, die den liberalen Wirtschaftskurs, auf den die Sozialisten nach ihrem Beinahe-Staatsbankrott vor zwei Jahren einschwenkten, fortsetzen wollen.

Ein Verlust an Ansehen, so analysiert die Parteispitze, müsse vor allem bei der Jugend festgestellt werden. Über der Gesundheitspolitik für den Staat seien der PS die Stammwähler davongelaufen. Die von Jospin ausgehende Marschrichtung für die Partei in ihrer neuen Rolle als Opposition soll den verunsicherten Anhängern wieder einen Halt geben: „Wir sind gegen Chirac, den gaullistischen Premier, aber wir unterstützen Mitterrand, unseren Präsidenten.“ Das bedeutet, daß die „Verordnungen“, die die bürgerliche Regierung dem Staatschef vorzulegen hat, eigentlich von den Sozialisten mitzutragen wären - Gesetzesänderungen also, die der Gaullist Chirac unverzüglich mit „ordonnances“ zu regeln beabsichtigt: Maßnahmen, um die Beschäftigung anzukurbeln - Maßnahmen, die die Terrorismusbekämpfung verstärken sollen. Diesen Zwiespalt, in den Frankreichs Sozialisten geraten könnten, halten viele Anhänger der PS nicht für lösbar, denn „per Dekret der Regierung, unterschrieben von François Mitterrand“, ließen sich auch „Reprivatisierung“ oder „Rücknahme sozialistischer Reformen“ denken - in welches Dilemma gerät da die Partei, lauten die ersten bangen Fragen.

Auch Kreisky setzt sich für Waldheim ein

og, Wien

Unerwartete moralische Unterstützung aus dem gegnerischen Lager hat der Kandidat der ÖVP für die österreichische Bundespräsidentenwahl, Kurt Waldheim, erhalten. Der Ehrenvorsitzende der österreichischen Sozialisten und ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky bezeichnete die gegen Waldheim in Gang gesetzte Kampagne wegen dessen angeblicher NS-Vergangenheit als „ungeheure Niedertracht“. Prominente Sprecher des Jüdischen Weltkongresses in New York hatten behauptet, Waldheim stehe als ehemaliger deutscher Oberleutnant auf einer jugoslawischen Kriegsverbrecherliste.

Kreisky sagte dazu, die Angelegenheit habe eine Dimension angenommen, bei der Schweigen Zustimmung bedeute. Der frühere österreichische Außenminister - damals auch Vorgesetzter des Diplomaten Waldheim - bezeichnete ihn als „guten Mitarbeiter“. Kreisky meinte, er sei nicht bereit, die „ungehörige Ermischung gewisser ausländischer Kreise in den österreichischen Wahlkampf zu tolerieren. Die gegen Waldheim auftretenden Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses hätten gar nicht das Recht, für ihre ganze Organisation zu sprechen. Im übrigen sieht Kreisky in der Angelegenheit auch eine „alte Abrechnung der Amerikaner mit Waldheim“.

Die USA, so Kreisky, hätten Waldheim als UNO-Generalsekretär stets mißbraut. Sie hätten nicht akzeptiert, daß er Vertreter der UNO-Mehrheit sein müßte. Auch Israel habe Waldheim nicht getraut. Kreisky wörtlich: „Sie waren stets von tiefem Mißtrauen gegen die UN erfüllt, einmal haben sie ja einen UN-Vermittler, Folke Bernadotte, sogar umgebracht. Da ist damals der Shamir dabeigewesen.“ Über die Reaktion in Österreich meinte der ehemalige Kanzler: „Die Leute werden sagen: die Juden im Ausland haben uns nicht anzutun, wenn wir als Bundespräsidenten wählen.“

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 25,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vorpreschen der LaRouche-Partei in Illinois verschreckt die Demokraten



Wahlkampf für Lyndon LaRouche

Die Primaries im US-Bundesstaat Illinois brachten für die Demokraten eine peinliche Überraschung. Zwar wurde Adlai Stevenson als Gouverneurskandidat bestätigt, nicht aber seine beiden engsten Mitarbeiter. Siegreich dagegen waren zwei Kandidaten der Partei des Lyndon LaRouche. Stevenson wehrt sich gegen die Ultrakonservativen auf seinem „Ticket“.



Niederlage für Adlai Stevenson

FRITZ WIRTH, Washington

Adlai Stevenson III., Sproß einer der großen politischen Familien des Landes, dessen Vater einst für das Amt des Präsidenten kandidierte, hat seit fünf Jahren einen schönen Traum. Er möchte Gouverneur des Staates Illinois werden. 1981 verfehlte er dieses Ziel um ein paar tausend Stimmen. Am 4. November dieses Jahres sollte der Traum doch noch Wirklichkeit werden.

Seit ein paar Tagen ist der hoffnungsvolle Adlai Stevenson ein zutiefst getriebener und verwirrter Mann, denn bevor der Wahlkampf selbst richtig begonnen hat. Und mit ihm schaut erschreckt das gesamte demokratische Partei-Establishment auf eines der bizarrsten Wahlunglücke, das ihrer Partei bisher widerfahren ist.

Nur eine Formsache

Es geschah bei den sogenannten „Primaries“, den Vorwahlen für die Aufstellung des demokratischen Kandidaten und seiner engsten Mitarbeitermannschaft zur Gouverneurswahl. Für Stevenson schienen diese „Primaries“ eine Formsache zu sein. Er hatte auch keine Schwierigkeiten, von den Wählern in Illinois mit hoher Mehrheit als Gouverneurskandidat bestätigt zu werden. Das Unglück geschah im Schatten seiner Wahl. George Sangmeister, der als sein Stellvertreter fungieren sollte, und Aurelia Fucinski, die als „Staats-

sekretärin“ vorgesehen war, blieben auf der Strecke.

Statt dessen stiegen zwei bis dahin völlig unbekannt politische Wesen namens Mark Fairchild und Janice Hart. Als man genauer hinschaute, fand man heraus, daß sie der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei des politischen Exzentriker Lyndon LaRouche angehörten, der sich in den letzten 20 Jahren vom Marxissten zum Ultrakonservativen wandelte und seit 1976 bereits drei Mal sehr vergeblich für das Amt des amerikanischen Präsidenten kandidierte.

LaRouche und seine Anhänger sind eine Organisation zu zweien fanatischer politischer Exzentriker, die das Übel dieser Welt in einer Reihe von Verschwörungen sehen, in denen Henry Kissinger, das Haus Thurn und Taxis, die Rockefeller und die britische Königin, die angeblich den Rauschgifthandel in dieser Welt maßgeblich in Händen habe, prominente Rollen spielen.

Für Adlai Stevenson war der Wahlerfolg der beiden LaRouche-Leute mehr als peinlich - er war eine Katastrophe. Denn der Wahlmodus von Illinois will es, daß der Gouverneurskandidat mit seinem Stellvertreter auf einem „Ticket“ erscheint, was Stevenson zum Bundesgenossen LaRouches gemacht hätte.

„Ausgeschlossen“, befand Stevenson dann auch spontan. Er nannte die Partei der beiden LaRouche-Kandidaten „Neo-Nazis“ und erklärte: „Ich werde mich nicht mit Leuten hängen, die offen den Haß predigen.“ Das ist indes leichter gesagt als ge-

tan. Tatsächlich gibt es für ihn nur einen Weg, die beiden loszuwerden. Er müßte neue „Primaries“ ansetzen. Zu diesen Neuwahlen könnte er jedoch nicht mehr als Mitglied der Demokratischen Partei antreten. Er müßte zunächst eine neue Partei gründen. Stevenson ist offensichtlich dazu entschlossen, seine Parteifreunde jedoch raten dringend ab.

Der lachende Dritte

Was immer Stevenson sich einfallen läßt - es gibt bereits jetzt einen lachenden Dritten. Es ist der Republikaner James Thomson, der gegenwärtig amtierende Gouverneur, dessen Wiederwahl die Demokraten nach diesem Flusko in den „Primaries“ kaum noch verhindern können. Unabhängig vom Schicksal des Adlai Stevenson herrscht in der Parteilührung der Demokraten jedoch Alarmstimmung. Sie fragt sich: Was dieses Flusko nur das Ergebnis zufälliger unglücklicher Konstellationen oder war es ein politisches Signal?

Senator Daniel Moynihan aus New York, der persönliche Erfahrung in Wahlkämpfen mit LaRouche-Leuten hatte, ist nicht bereit, dieses Flusko auf die leichte Schulter zu nehmen. Er dringt darauf, daß die Partei ihre eigenen Reihen nach LaRouche-Unterwanderern überprüfe.

Er hat gute Gründe für diese Warnung. Die LaRouche-Organisation hat für die Kongreßwahlen dieses Herbstes bereits 146 Kandidaten für das Repräsentantenhaus und 14 für den Senat aufgestellt.

Jugoslawien ermuntert Polen zu eigenem Kurs

dpa, Warschau

Der jugoslawische Parteichef Vidoje Zarkovic hat Polen zu einem eigenen Weg zum Sozialismus ermuntert. Zarkovic, der gestern in Warschau seinen offiziellen Besuch abschloß, sicherte seinen Gastgebern in einer Tischrede Verständnis für ihre Bemühungen um eigene Formen der demokratischen Stärkung des Sozialismus zu, die den polnischen nationalen Eigenheiten und ihrem historischen Erbe angepaßt seien.

Zarkovic sagte, jede Partei müsse selbständig und unabhängig sein und sich allein vor der eigenen Arbeiter-

klasse

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Das harte Geschäft mit der Kosmetik: Schönheit um jeden Preis. Nigendwo sitzt die Mark so locker wie am Kosmetik-Stand. Schönbar unterhöfliche Geldreserven sprudeln in den Milliarden-Markt der Kosmetik-Industrie. Und laufend gibt es neue Produkte - über Hiss und Flops liegen dicht beieinander. QUICK untersucht den Stoff, aus dem die Duffe sind. QUICK sprach mit Marketing-Strategen über die Konkurrenz, über Erfolgskuren, „schwarze Schafe“ und über die Preispolitik der Branche.

Urlaub 86: Ihr bester Platz am Mittelmeer. In QUICK erfahren Sie zum erstenmal, wo und wann der Urlaub am Mittelmeer für Sie am erholsamsten ist. QUICK sagt Ihnen alles Neue über die schönsten Reise-Ziele und gibt viele, viele Klima-Tips.

QUICK steht für Qualität!

klasse sowie der eigenen Nation verantwortlich. Polens Parteichef Wojciech Jaruzelski hob dagegen in seiner Rede ausdrücklich die führende Rolle der Sowjetunion hervor und versicherte, die Ergebnisse des sowjetischen Parteitages seien ein „wichtiger Beitrag zu Theorie und Praxis des Aufbaus des Sozialismus in der gegenwärtigen Welt“.

Der jugoslawische Parteichef war am Montag in Warschau eingetroffen und besuchte am Dienstag einen Betrieb.

nd verteilt n rot-grün

er Ebene auf keinen Fall in...

Die Mahnung an die Parteien...

Als Partei empfiehlt der...

Auch die FDP sieht sich...

zweifelt an schulstreit

zirkulantes Gesetz...

Kompromißvorschlag

Für die CDU...

sicher zu sein

Die CDU...

Wie bei einer Staatsvisite

Syrien allein ist für Israel...

Insbesondere mit Deutschland

haben die Syrer viel im Sinn...

Die entmilitarisierte Zone

von Kuneitra steht heute unter UN-Aufsicht...

Mit Deutschland und dem Mittler Strauß haben die Syrer viel im Sinn

JÜRGEN LIMINSKI, Damaskus

Der Gouverneur von Kuneitra, der „Hauptstadt des arabischen Golan“, zeigt sich kompromißlos. „Wir werden auch die anderen zwei Drittel des Golan wieder erobern, so wie wir Kuneitra in einer heldenhaften Schlacht 1973 den Zionisten entrissen haben.“ Strauß schweigt. Der bayerische Ministerpräsident ist nicht zum ersten Mal im Grenzgebiet zwischen Syrien und Israel. Kleine Geschenke werden ausgetauscht. Dann führt der Gouverneur seinen hohen Gast in einen Raum, der als Museum dient. Wieder Parolen vom Kriegsschauplatz Kuneitra. Ein paar Fotos, ein Modell der Stadt vor ihrer Zerstörung durch israelische Soldaten (nach zehner Verhandlungen war es dem damaligen US-Außenminister Kissinger gelungen, die Israelis 1974 zum Abzug zu bewegen), ein paar angebrannte Koranblätter in einem Glaskasten, eine große Karte. Strauß fragt: „Wo sind die israelischen Radarmanlagen?“



Die entmilitarisierte Zone von Kuneitra steht heute unter UN-Aufsicht: Strauß im Gespräch mit einem schwedischen UN-Major

Die Frage kommt unerwartet. Sie impliziert gleich zweierlei: Zum einen ist für den Gast aus Deutschland Israel kein „zionistisches Gebilde“, und zum zweiten scheint er den sowohl strategischen wie auch technologischen Vorteil des Gegners nicht zu übersehen. Etwas verblüfft deutet der Gouverneur die Stelle an. Später, in der Ruinenstadt, ist der kleine Antennenwald der Israelis auf der Anhöhe gegenüber dem Heidentempel, wo Strauß einen Kranz niederlegte, gut zu sehen. So nah sind Wirklichkeit, Diplomatie und Propaganda in Nahost beieinander.

Wie bei einer Staatsvisite

Syrien allein ist für Israel derzeit wohl kaum eine ernsthafte Gefahr. Das strategische Gleichgewicht, das der syrische Präsident Assad zu Israel anstrebt, bezeichnet Strauß als ein „Langzeitprogramm“. Da läge noch ein weiter Weg vor Damaskus. Assad weiß das wohl. Berechenbarer wird seine Politik dadurch jedoch nicht. Aber er hat im Moment auch ganz andere Sorgen. Der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten war ihm willkommen. Denn die syrische Regierung ist derzeit sehr bemüht, die Kontakte zum Westen zu verbessern. Nur hier ist wirtschaftliche Hilfe zu erwarten.

Insbesondere mit Deutschland haben die Syrer viel im Sinn. Das war schon zu spüren, als Strauß am ersten Tag seiner zweitägigen Visite eine Reihe politischer Gespräche in Damaskus führte. Das Protokoll war höher angesiedelt als bei seinem Besuch vor zwei Jahren, die Atmosphäre geradezu herzlich. Bei Tisch folgte ein gelungener Sowjetwitz dem anderen.

Und die Syrer hielten kräftig mit, gerade bei den Lachsalven.

Strauß gehört zu den westlichen Politikern, die die Politik des syrischen Präsidenten nicht für endgültig festgelegt halten. So wie ohne Ägypten ein Krieg gegen Israel nicht mehr erfolgreich geführt werden könne, so sei auch ohne Syrien kein Frieden möglich, sagt Strauß. Er habe deshalb dem syrischen Präsidenten seinen Wunsch dargelegt, daß „Syrien eine führende Rolle in der Einleitung eines Friedensprozesses spielen“ möge. Die Militäristen seien für alle eine schwere Bürde, die eine wirtschaftlich gesunde Entwicklung verhindere. Dem hat Assad, so Strauß, „nicht widersprochen. Das heißt, er ist der gleichen Meinung.“ Man schätzt in Damaskus die offene und direkte Sprache des deutschen Spitzenpolitikers, der wegen seines engen Kontaktes zum israelischen Premierminister Shimon Peres und zur amerikanischen Administration für Mittlermissionen in Nahost geradezu prädestiniert erscheint.

Ein Erfolg der jetzigen Mission ist publik. Damaskus wird nicht militärisch gegen die Christen in Libanon vorgehen, um doch noch die Anerkennung des unter syrischer Federführung ausgehandelten Abkommens zwischen den Christen, Drusen und Schiiten in Libanon durchzusetzen. Syrien wolle nun „strikte Neutralität“ wahren. Das habe Assad ihm versichert.

In der syrischen Führung hatten sich vor allem Vizepräsident Khaddam, der den Widerstand im Lager der libanesischen Christen falsch eingeschätzt hatte, und der Geheimdienstchef Ali Duba dafür ausgesprochen. Dagegen waren Verteidigungsminister Tlass und der immer mehr an Statur gewinnende Generalstab-

schef Schahabi. Strauß traf mit allen außer Ali Duba zusammen. Wann und ob Assad jedoch den Dialog mit dem libanesischen Präsidenten Gemayel, der ebenfalls enge Kontakte zu Strauß pflegt, wieder aufnimmt, bleibt vorerst offen. Hier sind noch hohe psychologische Barrieren im Prestigedenken der Syrer zu überwinden. Ein baldiges syrisch-libanesisches Treffen auf neutralem Boden könnte, von Strauß arrangiert, das Eis vielleicht brechen. Strauß: Die Chancen sind „bauchdünn“.

Warten auf Vorleistungen

Ein weiterer Erfolg der Strauß-Mission ist noch geheim - wenn es überhaupt ein Thema der Syrien-Reise war. Hartnäckig hält sich in Damaskus das Gerücht, daß Strauß auch die Befreiung von drei israelischen Kriegsgefangenen vermitteln sollte, die sich in der Hand der pro-syrischen Abu-Nidal-Gruppe befinden. Den Israelis liegt viel an der Befreiung der drei Soldaten. Es wäre zweifellos auch ein großer, innenpolitischer werbbarer Erfolg für Peres, sollte ein Dreiecksgeschäft zur Befreiung der drei Israelis führen. Strauß war erst vor kurzem mit Peres in Bonn zusammengetroffen.

Auch einige Mitglieder der Reagan-Administration glauben, Syrien zu einer Politik wohlwollender Neutralität gegenüber dem Westen, mithin zu einer Friedenspolitik bewegen zu können. Aber man erwartet nach zahlreichen Enttäuschungen der letzten Jahre nun Vorleistungen. Ohne diese wird eine umfassende Wirtschaftshilfe jedenfalls schwierig sein. Auch wenn, wie Strauß sagt, Assad „Wert darauf legt, nicht als abhängig von der Sowjetunion betrachtet zu werden“.

Wer verrät Ihnen, wie die Profis ihr Geld arbeiten lassen?



Die Frankfurter.

Wer erfolgreich ist und entsprechend verdient, erwartet das gleiche auch von seinem Geld.

Es gibt eine Anlageform, bei der Ihr Geld mit Sicherheit sehr gut verdient. Legen Sie einen Teil davon in Pfandbriefen der Frankfurter Hypothekbank an.

Was Pfandbriefe so attraktiv macht? Einmal ihre überdurchschnittlich hohe Rendite. Zweitens können Sie diese Form der Geldanlage sehr gezielt in Ihre persönliche Gesamtplanung einbauen. Denn Sie haben die Wahl zwischen den unterschiedlichsten Laufzeiten. Und natürlich können Sie Ihre Papiere auch schon vorher zum Tageskurs verkaufen und damit wieder über Ihr Geld verfügen.

Fragen Sie Ihren Anlageberater bei Ihrem Geldinstitut nach Pfandbriefen der Frankfurter Hypothekbank. Frankfurter Hypothekbank, Junghofstraße 5-7, 6000 Frankfurt am Main.

Frankfurter Hypothekbank
Aktiengesellschaft

„Konservative“ bremsen Gorbatschow

Ligatschow als Gegenspieler / Die heftigsten Machtkämpfe seit Chruschtschows Zeiten

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
In der sowjetischen Führung finden zur Zeit die heftigsten internen Machtkämpfe seit den Tagen Chruschtschows statt. Diese Schlußfolgerung amerikanischer Osteuropaexperten, die in der US-Presse ihren Niederschlag fand, wird durch einige Symptome aus der sowjetischen Innen- und Blockpolitik erhärtet. Demnach ist es dem neuen Generalsekretär Gorbatschow bisher nicht gelungen, seine Linie gegenüber oppositionellen Kräften innerhalb der KPdSU-Führung voll durchzusetzen.

Vor allem Gorbatschows Pläne für eine Wirtschaftsreform, aber auch seine außenpolitischen Absichten - hier in erster Linie die von ihm vertretene Reduzierung des sowjetischen Engagements in der Dritten Welt - sind von „konservativen“ Elementen der Sowjetführung gehemmt worden.

Während Gorbatschow die übermäßige sowjetische Verstrickung in „nationale Befreiungsbewegungen“ und anti-imperialistische Aktionen in Afrika, Asien und Lateinamerika reduzieren wollte - schon um solcher-

maßen den Weg für ein Rüstungskontrollabkommen mit den USA freizumachen -, wird von den Amerikanern das für Ideologie, Kaderfragen und den Parteiparagrafen zuständige Moskauer Politbüromitglied Jegor Ligatschow, Mitglied des ZK-Sekretariats und zweiter Mann der Sowjet-Hierarchie, als Gegenspieler des Parteichefs betrachtet.

Ligatschow habe hinter sich die neo-konservativen, antikommunistischen Kräfte sowie das Militär versammelt. Der Exponent der sowjetischen Armee, Verteidigungsminister Marschall Sokolow, habe es aber nicht geschafft, auf dem Parteikongreß eine Vollmitgliedenschaft im Politbüro zu erreichen. Im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger bleibt er nur Kandidat des Politbüros der KPdSU.

Die amerikanische Einschätzung, wonach die sowjetischen Militärs zwar ihr früheres Vetorecht in Abrüstungsfragen verloren haben, aber immer noch eine bremsende Rolle spielen könnten, wird durch eine Beobachtung politischer und diplomatischer Kreise in Wien bestätigt. Dem-

nach ist seit Anfang dieses Jahres zwischen der Sowjetunion und den USA, beziehungsweise zwischen Warschau Pakt und NATO in Nachrüstungs- und Rüstungskontrollfragen „nichts mehr vorwärtsgelassen“ - was sich auch bei den MBFR-Verhandlungen in Wien zeigte.

Auch die Beziehungen Moskaus zu den osteuropäischen Ländern sind ein Gradmesser für die Schwierigkeiten Gorbatschows. So fällt auf, daß sowohl der tschechoslowakische Parteichef Gustav Husak wie der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow, deren Politik von Gorbatschow ursprünglich mehr oder weniger scharf kritisiert wurde, ihre Positionen inzwischen konsolidieren konnten.

Anstelle des für die osteuropäischen Staaten zuständigen ZK-Sekretärs Russakow ist im Krenel bis heute noch kein Nachfolger ernannt worden. Zum Parteitag in Prag entsandte die Sowjetführung einen Mann des zweiten Ranges - Politbüromitglied Solomzenow - der überdies kein Mitglied der „Seitstraße“ Gorbatschows ist.

Asyl für ehemaligen Sowjetsoldaten

AP, Bern

Der 24jährige ehemalige Sowjetsoldat Juri Powarnizin wird in der Schweiz als Flüchtling anerkannt und erhält politisches Asyl. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeiministerium hat nach eigenen Angaben vom Dienstag einen Einspruch des desertierten Soldaten gegen einen negativen Entscheid des Bundesamtes für Polizeiwesen stattgegeben. Begründet wird die Asylgewährung damit, daß in Würdigung der Fakten und der außergewöhnlichen Umstände des Falles die Flüchtlingseigenschaft gegeben sei.

Powarnizin war 1981 in Afghanistan desertiert und von den Widerstandskämpfern gefangen genommen worden. Ende Mai 1982 kam er nach Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) als einer der ersten von insgesamt elf Sowjetsoldaten in die Schweiz, wo er - entsprechend der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen - interniert wurde.

Obwohl der Binnenmarkt klein ist, bietet der neue EG-Partner Portugal nach Überzeugung von Ministerpräsident Cavaco Silva deutschen Investoren gewinnträchtige Chancen. Die jetzige Konstellation in Lissabon mit einem sozialistischen Präsidenten und einer Mitte-Rechts-Regierung

hält er für stabil. In einem WELT-Interview anlässlich seines Bonn-Besuchs Mitte April kündigt der Regierungschef eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft an und nimmt zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Mit Cavaco Silva sprach Rolf Görtz.

„Nichts hindert die Regierung, die Wirtschaft liberaler zu gestalten“

WELT: Herr Ministerpräsident, Sie werden vom 14. bis zum 16. April zu Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn kommen. Was erwarten Sie von Ihrem Besuch in Deutschland?

Cavaco Silva: In Bonn möchte ich unsere Ziele und unseren Markt erklären. Deutschland ist einer der wichtigsten Partner Portugals. Nun, da wir in der EG sind, ist es besonders wichtig auch multilaterale Themen zu besprechen. In der Außenpolitik vor allem die Beziehungen zu Afrika. Denn Portugal spielt mit seinen über Jahrhunderte gewachsenen Kontakten zu einigen Ländern Afrikas hier eine besondere Rolle und kann gute Vorschläge machen.

Und die Kommunisten. Das wäre seit 1975 die erste von Kommunisten mitgetragene Regierung. Der entstehende Vertrauensverlust würde sofort Investitionen aus dem In- und Ausland abschrecken.

Die Schwierigkeiten einer solchen Volkfront würde ich nicht im Traum gegen meine Schwierigkeiten als Minderheitsregierung eintauschen wollen. Deshalb fürchten sich sogar die Sozialisten vor einer Koalition mit den Kommunisten.

Nur das Verbot, verstaatlichte Unternehmen und Banken zu reprivatisieren, behindert uns wirklich. Wir können jedoch private Beteiligungen zulassen.

Die Arbeitsgesetze werden wir dahingehend ändern, daß lange Zeiträume möglich werden. Denn im Moment sind nur die unklügelnden Verträge möglich, die auch Staatsfirmen mit Sechsmonats-Verträgen umgehen. Das bedeutet für die Arbeiter eine unzumutbare Unsicherheit. Deshalb wollen wir Arbeitsverträge flexibler machen.

WELT: Aber die Opposition könnte sie durch ein Mißtrauensvotum zu Fall bringen.

Cavaco Silva: Nein. Die Sozialisten haben erklärt, daß ein Mißtrauensantrag für sie nicht „nicht am Horizont“ stehe.

Außerdem will ich die Unternehmer in Deutschland ermuntern, in unserem Land zu investieren. Wir sind zwar ein kleiner Markt mit nur neun Millionen Einwohnern. Aber wir haben niedrige Lohnkosten, kaum Streiks, Steuervorteile und die Fähigkeit, uns an neue Techniken anzupassen. Hier gibt es jede Menge Gewinnversprechender Chancen.

WELT: Portugal verhandelt mit Bonn über die Lieferung von drei modernsten Fregatten im Wert von etwa 1,7 Milliarden Mark. Wann wird der Auftrag unterschrieben?

WELT: Ihrer Sozialdemokratischen Partei (PSD) fehlt im Parlament die Mehrheit. Wie lange werden sie unter diesen Umständen überhaupt regieren können?

Cavaco Silva: Ich bin ziemlich optimistisch. Strukturelle Reformen, für die wir in der gescheiterten Koalition mit Mario Soares und den Sozialisten im Parlament keine Mehrheit fanden, gelingen uns ironischerweise als Minderheitsregierung viel eher. Meine Regierung hat beispielsweise zum ersten Mal seit 1974 unentgeltliche Staatsbetriebe geschlossen und das Fernsehen der Privatinitiative geöffnet. Deshalb glaube ich auch, daß wir eine Chance haben, die Arbeitsgesetze zu ändern.

WELT: Mit Mario Soares ist ihr politischer Gegenspieler Präsident geworden. Werden sie mit ihm auskommen?

Cavaco Silva: Unser Festland, Madeira und die Azoren sind von großer strategischer Bedeutung. Weil wir in der NATO eine aktive Rolle spielen wollen sind wir bereit, zur Verteidigung Westeuropas diese Fregatten zu übernehmen. Obwohl vor allem Deutschland und die USA uns bei der Finanzierung helfen, fordert ihre Anschaffung von uns große Opfer. Es müssen noch einige Punkte geklärt werden.

WELT: Hinter dem portugiesischen Begriff des „Sebastianismo“ verbirgt sich der Sog nach dem Retter, dem jungen König Sebastian, der in einem Kreuzzugschlacht verunglückt und geschlagen wurde und auf dessen Rückkehr das verzweifelte Volk wartet um aus altem Elend befreit zu werden. Wie begreifen Sie den modernen „Sebastianismo“, der sich heute als Flucht in die Bürokratie äußert?

WELT: Portugal hat 16 Milliarden Dollar Auslandsschuld und damit eine der höchsten Pro Kopf Verschuldungen. Kann ihr Land seinen Verpflichtungen nachkommen?

Cavaco Silva: Diese Schuldenlast ist durchaus vertretbar, zumal die Zinsen und der Dollarkurs sinken. Der Schuldendienst macht 25 Prozent unserer Exporterlöse aus und hat eine sinkende Tendenz. Wir hatten 1985 einen deutlichen Exportüberschuß und erwarten dank sinkender Ölpreise für dieses Jahr ein nur geringes Außenhandelsdefizit. Außerdem lagern in unseren Tresoren 700 Tonnem Gold.

WELT: Die Portugiesische Verfassung strebt eine Sozialistische Gesellschaft an. Das gilt auch für die Arbeitsgesetze, die Entlassungen praktisch unmöglich machen. Welchen Spielraum haben Sie für ihre marktwirtschaftlichen Ziele?

Cavaco Silva: Unsere Verfassung ist ein Ergebnis der Revolution von 1974. Wir haben sie 1982 teilweise revidiert. Aber da sind immer noch Bestimmungen, die korrigiert werden müssen.

Jedoch sind Verfassung und Verfassungswirklichkeit zweierlei Dinge. Die Verfassung hindert uns nicht, die Wirtschaft täglich liberaler zu gestalten. Und das obwohl im zweiten Artikel der Verfassung steht, daß die Maßnahmen der Regierung zum Sozialismus führen sollen. In der Praxis tun wir genau das Gegenteil.

Die Verfassung zu ändern ist nicht leicht, zumal die Kommunisten und Sozialisten mit der geltenden Form sehr zufrieden sind. Eine Zwei-Drit-

Die offene, marktwirtschaftliche Gesellschaft in Portugal hat sich der seit 1985 amtierende Regierungschef Amalio Cavaco Silva zur Aufgabe gestellt. Kabinettsreform sammelte der Premier einer Minderheitsregierung schon als Finanz- und Wirtschaftsminister 1980/81. Seit Mai 1985 ist er Chef der liberalen Sozialdemokratischen Partei.

WELT: Wird nicht die Kommunistische Partei, ohne deren Stimmen Mario Soares nicht Präsident geworden wäre, ihre Position ausnutzen und über die von ihr betonte „Präsidentenwahl“ in die Regierungsgeschäfte eingreifen wollen?

Cavaco Silva: Die sogenannte Präsidentenwahl ist ein Konzept, das selbst von Mario Soares abgelehnt wird. Er weiß, daß es nicht geht. Obwohl wir eine Minderheitsregierung sind, würde es der Opposition extrem schwer fallen, uns mit einer anderen Regierung zu ersetzen.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

WELT: Die Portugiesische Verfassung ist im Südtatistik verstärkt anwesend und bedient sich der ehemaligen Kolonien Portugals als Stützpunkte. Beunruhigt Sie das?

Cavaco Silva: Wir pflegen gute Beziehungen zu den marxistischen Regimen in Angola und Mocambique. Andernfalls würden diese Länder hinter unserem Rücken den Dialog mit der Kommunistischen Partei Portugals suchen und eine Nebenaußenpolitik betreiben.

Metalgesellschaft

Aktiengesellschaft Frankfurt am Main

Wertpapier-Kenn-Nr. 690200/1
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Mittwoch, dem 7. Mai 1986, 10.30 Uhr, im Mozart-Saal, Alte Oper, Frankfurt am Main, Opernplatz, stattfindenden
ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG eingeladen.

TAGESORDNUNG

- Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstands, des festgestellten Jahresabschlusses sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984/85. Vorlage des Konzern-Geschäftsberichts und des Konzern-Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984/85.
- Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1984/85.
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, aus dem Bilanzgewinn von 28.800.000 DM auf das ordentliche Kapital von 240.000.000 DM eine Dividende von 6,- DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM zu verteilen, d. h. 28.800.000 DM.
- Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands, Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.
- Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
- Beschlußfassung über die Ermächtigung zur Ausgabe von Optionschuldverschreibungen, die Schenkung eines bestimmten Kapitals und die entsprechende Änderung von § 4 der Satzung.
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgenden Beschluß zu fassen:
a) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. April 1991 einmalig oder mehrere Optionschuldverschreibungen (Teilschuldverschreibungen mit befristeten Optionscheinen, die Optionsrechte auf Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft (verbriefen) bis zum Gesamtnennbetrag von DM 150.000.000 mit einer Laufzeit von längstens 10 Jahren zu begeben bzw. solchen Emissionen, soweit sie durch 100%ige mittelbare oder unmittelbare ausländische Beteiligungsgesellschaften unter Garantie der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft begeben werden, zusammen mit Optionsrechten auf Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft im Gesamtnennbetrag von bis zu DM 25.000.000 für derartige Teilschuldverschreibungen zu gewähren. Die Optionschuldverschreibungen können in Deutscher Mark oder unter Begrenzung auf den Gegenwert von DM 150.000.000 (berechnet nach dem amtlichen Devisenmittelskurs der Frankfurter Wertpapierbörse am Tage der Beschlußfassung zur Begebung der Optionschuldverschreibungen) in US-Dollar ausgegeben werden. Die Optionschuldverschreibungen und die Optionscheine sollen deutschem Recht unterliegen. Die Optionschuldverschreibungen werden, sofern sie von der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft begeben werden, den Aktionären der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft zugewiesen. Für einen sich aufgrund des Bezugsverhältnisses etwa ergebenden Spitzenbetrag wird das Bezugsrecht ausgeschlossen. Bei Optionschuldverschreibungen, die durch eine mittelbare oder unmittelbare ausländische Beteiligungsgesellschaft der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft begeben werden, wird das Bezugsrecht der Aktionäre der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft ausgeschlossen. Die unter sich gleichberechtigten Teilschuldverschreibungen werden auf den Inhaber lauten. Jeder Teilschuldverschreibung werden Optionscheine beigefügt, die dem Inhaber nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen - zum Erwerb von Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft berechtigen. Bezogen auf DM 1000 Nennwert der Teilschuldverschreibungen bzw. den Gegenwert in ausländischer Währung (ermittelt nach dem amtlichen Devisenmittelskurs der Frankfurter Börse am Tage der Beschlußfassung zur Begebung der Optionschuldverschreibungen) können Optionsrechte bis zu 5 Aktien Metalgesellschaft Aktiengesellschaft im Nennbetrag von je DM 50 eingetruhen werden. Insgesamt dürfen nicht mehr Optionsrechte ausgegeben werden als DM 25.000.000 Nennkapital entsprechen.
b) Der Optionspreis (Ausgabebetrag) für eine Aktie der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft zu DM 50 wird in Deutscher Mark festgelegt. Er soll dem Durchschnitt der an der Frankfurter Wertpapierbörse festgestellten amtlichen Einheitskurse für Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft an den der Beschlußfassung über die Begebung der Emission vorstehenden zehn Börsentagen entsprechen. Auf diesen Durchschnitt - aufgerundet auf volle Deutsche Mark - kann ein Zu- oder Abschlag von höchstens 20% zur Anpassung an die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt vorgenommen werden; ein Abschlag jedoch nur bei bestehendem Bezugsrecht der Aktionäre.
c) Der Optionspreis wird aufgrund einer Verweissungsschuldzinskurve ermittelt, wenn die Metalgesellschaft Aktiengesellschaft während der Laufzeit der Optionschuldverschreibungen unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien erhöht oder Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrechten begeben und/oder die Metalgesellschaft Aktiengesellschaft eintrüben wird, welches dem Bezugsrecht der Aktionäre entspricht. Der Ermäßigungsbetrag wird aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen an der Frankfurter Wertpapierbörse - aufgerundet auf volle Deutsche Mark - errechnet. Die Optionsrechte können bis zu einem Monat nach Ende der Laufzeit der Optionschuldverschreibungen - jedoch frühestens einen Monat nach Begebung der Optionschuldverschreibungen, mit Ausnahme bestimmter, in den Optionsbedingungen festzulegender Zeiträume - ausgetübt werden.
d) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionschuldverschreibungen, insbesondere den Zinssatz, den Ausgabekurs und die Laufzeit festzusetzen bzw. im Einvernehmen mit den Organen der Optionschuldverschreibungen begebenden Beteiligungsgesellschaften festzusetzen.
e) Das Grundkapital der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft wird um bis zu DM 25.000.000 durch Ausgabe von bis zu 500.000 Stück auf den Teilhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Optionsrechten an die Inhaber der Optionscheine aus Optionschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung zu a) von der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1991 begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur im Falle der Begebung der Optionschuldverschreibungen und nur insoweit durchzuführen, wie die Inhaber der Optionscheine von ihren Optionsrechten Gebrauch machen.
f) Aus der Ausgabe des Optionsrechts hervorgehenden Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft sind für das gesamte Geschäftsjahr, in dem die Optionserhöhung wirksam wird, dividendenberechtigt. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.
g) Änderung des § 4 der Satzung.
Nach Absatz (2) wird ein neuer Absatz (3) mit folgendem Wortlaut eingefügt:
(3) Das Grundkapital ist um DM 25.000.000 bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Optionsrechten an die Inhaber der Optionscheine aus Optionschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands vom 7. Mai 1986 von der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Metalgesellschaft Akti-

gesellschaft bis zum 30. April 1991 begeben werden, von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen.

Beschlußfassung über eine Satzungsänderung, die den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 1. Mai 1991 das Grundkapital um bis zu DM 40.000.000 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberkonten zu erhöhen (Genehmigung des Kapital) und dabei gemäß § 5 Abs. (4) der Satzung einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen sowie gegebenenfalls Spitzenbeträge von dem gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre auszuscheiden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Vorstand die vorgenannte Ermächtigung zu erteilen und in § 4 der Satzung (Grundkapital) nach Abs. (3) folgenden neuen Abs. (4) einzufügen:
„(4) Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 1. Mai 1991 das Grundkapital um bis zu DM 40.000.000 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaberkonten zu erhöhen und dabei gemäß § 5 Abs. (4) der Satzung einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen sowie gegebenenfalls Spitzenbeträge von dem gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre auszuscheiden.“

7) Wahl der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1985/86.
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin und Frankfurt am Main zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1985/86 zu wählen. Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung gem. § 221 Abs. 4 AktG bzw. § 203 Abs. 2 AktG, jeweils in Verbindung mit § 188 Abs. 4 AktG, zu den Punkten 5) und 6) der Tagesordnung.
Die vorgeschlagene Ermächtigung gemäß Punkt 5) der Tagesordnung soll es dem Vorstand ermöglichen, durch die Begebung von Optionschuldverschreibungen langfristige Fremdmittel zu einem gegenüber normalen Anleihen günstigeren Zinssatz aufzunehmen. Die Optionschuldverschreibungen sollen durch die Metalgesellschaft Aktiengesellschaft oder unter ihrer Garantie durch eine 100%ige mittelbare oder unmittelbare ausländische Beteiligungsgesellschaft mit Optionsrechten auf Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft begeben werden. Damit schließt der Vorstand die Möglichkeit, neben der Kapitalbeschaffung international auch langfristige Fremdmittel am internationalen Kapitalmarkt in Deutscher Mark oder US-Dollar aufzunehmen.
Da die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt häufig raschem Wandel unterliegen, müssen Finanzierungsentscheidungen schnell getroffen werden. Um günstige Situationen auf den verschärften internationalen Kapitalmärkten nutzen zu können, ist es üblich und auch erforderlich, die Optionschuldverschreibungen über ausländische Beteiligungsgesellschaften zu begeben und dabei das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. In diesem Sinne wird den Aktionären unter Punkt 5) der Tagesordnung vorgeschlagen, dem Vorstand die Ermächtigung zu erteilen, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. April 1991 Optionschuldverschreibungen im Gesamtnennwert von bis zu DM 150.000.000 auszugeben bzw. Optionsrechte auf Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe von Optionschuldverschreibungen über ausländische Tochtergesellschaften zu gewähren. Der Optionspreis (Ausgabebetrag) für eine Aktie der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft zu DM 50 wird gemäß dem vorgeschlagenen Beschluß grundsätzlich dem an der Frankfurter Wertpapierbörse festgestellten Durchschnittskurs der Aktien der Metalgesellschaft Aktiengesellschaft an den zehn Börsentagen vor der Beschlußfassung über die Begebung der Optionschuldverschreibungen entsprechen. Um die für die Festlegung der Konditionen der Optionschuldverschreibungen notwendige Flexibilität zu gewährleisten und eine Anpassung des Optionspreises an die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt zum Zeitpunkt der Begebung zu ermöglichen, ist vorgeschlagen, auf den amtlichen Durchschnittskurs einer Zu- oder Abschlag von höchstens 20% vorzunehmen; einen Abschlag jedoch nur dann, wenn das Bezugsrecht der Aktionäre nicht ausgeschlossen wird. Diese Regelung liegt im Interesse einer erfolgreichen Finanzierung der Emission und damit auch im Interesse der Aktionäre.
Ferner soll bei einer Begebung der Optionschuldverschreibungen durch die Metalgesellschaft Aktiengesellschaft das Bezugsrecht der Aktionäre für die bei der Festlegung eines Bezugsverhältnisses etwa entstehende Spitzenbeträge ausgeschlossen werden können.
Ebenso soll zu Punkt 6) der Tagesordnung das genehmigte Kapital - das Bezugsrecht der Aktionäre für Spitzenbeträge, die bei der Festlegung des Bezugsverhältnisses etwa entstehen, ausgeschlossen werden können. Dies dient der technischen Durchführbarkeit der Ausnutzung des genehmigten Kapitals, die durch die Ausgabe von nur wenigen Millionenbeträgen erfolgt. Im Zusammenhang mit Optionschuldverschreibungen, die gemäß Punkt 5) der Tagesordnung begeben werden, ist es möglich, daß eine volle oder teilweise Ausnutzung des genehmigten Kapitals Spitzenbeträge entstehen läßt, die nicht mehr gleichmäßig auf alle Aktionäre verteilt werden können.



Amalio Cavaco Silva, Ministerpräsident von Portugal.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind die Aktionäre berechtigt, die gemäß § 17 der Satzung ihre Aktien spätestens am Dienstag, dem 28. April 1986, bei der Metalgesellschaft - Gesellschaftskasse - in Frankfurt am Main, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapierhandelsbank oder bei einer Niederlassung der nachstehend genannten Banken in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Heidelberg, Köln und München während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung be-

Die offene, marktwirtschaftliche Gesellschaft in Portugal hat sich der seit 1985 amtierende Regierungschef Amalio Cavaco Silva zur Aufgabe gestellt. Kabinettsreform sammelte der Premier einer Minderheitsregierung schon als Finanz- und Wirtschaftsminister 1980/81. Seit Mai 1985 ist er Chef der liberalen Sozialdemokratischen Partei.

WELT: Portugal hat 16 Milliarden Dollar Auslandsschuld und damit eine der höchsten Pro Kopf Verschuldungen. Kann ihr Land seinen Verpflichtungen nachkommen?

Cavaco Silva: Diese Schuldenlast ist durchaus vertretbar, zumal die Zinsen und der Dollarkurs sinken. Der Schuldendienst macht 25 Prozent unserer Exporterlöse aus und hat eine sinkende Tendenz. Wir hatten 1985 einen deutlichen Exportüberschuß und erwarten dank sinkender Ölpreise für dieses Jahr ein nur geringes Außenhandelsdefizit. Außerdem lagern in unseren Tresoren 700 Tonnem Gold.

WELT: Die Portugiesische Verfassung strebt eine Sozialistische Gesellschaft an. Das gilt auch für die Arbeitsgesetze, die Entlassungen praktisch unmöglich machen. Welchen Spielraum haben Sie für ihre marktwirtschaftlichen Ziele?

Cavaco Silva: Unsere Verfassung ist ein Ergebnis der Revolution von 1974. Wir haben sie 1982 teilweise revidiert. Aber da sind immer noch Bestimmungen, die korrigiert werden müssen.

Jedoch sind Verfassung und Verfassungswirklichkeit zweierlei Dinge. Die Verfassung hindert uns nicht, die Wirtschaft täglich liberaler zu gestalten. Und das obwohl im zweiten Artikel der Verfassung steht, daß die Maßnahmen der Regierung zum Sozialismus führen sollen. In der Praxis tun wir genau das Gegenteil.

Die Verfassung zu ändern ist nicht leicht, zumal die Kommunisten und Sozialisten mit der geltenden Form sehr zufrieden sind. Eine Zwei-Drit-

Warschau gründet Grunwald-Komitee

JGG, Warschau

Der „Landestrat“ der polnischen „Patriotischen Bewegung der Erneuerung“ hat jetzt ein Grunwald-Komitee gegründet, zu dessen Vorsitzendem der stellvertretende Staatsratschef, Kazimierz Barcikowski ernannt wurde. Wie die Zeitung „Za Wolność i Lud“ (Für Freiheit und Volk) berichtet, wurde der Politiker beauftragt, Regionalkomitees zu gründen, um möglichst rasch in die Bevölkerung und vor allen Dingen in die Jugend hineinzuwirken.

Die Grunwald-Idee, so heißt es, wolle an die „ruhmreiche Schlacht“ polnischer Ritter 1410 beim ostpreussischen Tannenberg (polnisch: Grunwald) gegen den „ewigen germanischen Drang“ anknüpfen. Dieser „Drang nach Osten“ sei damals durch die deutschen Ritter verkörpert worden. Der „siegreiche Kampf“ sei später gegen „deutsche Feudalherren, Ritter, preussische Militäristen und braune Imperialisten“ fortgesetzt worden.

Bonner: Sacharow geht es schlechter

rtr, Newton

Die Frau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow hat das von der Moskauer Regierung für die Zeit ihres USA-Aufenthalts auferlegte öffentliche Redeverbot gebrochen. Jelena Bonner äußerte sich zu einem Video-Film des sowjetischen Geheimdienstes KGB, auf dem der nach Gorki verbannte Physiker zu sehen ist. Frau Bonner, die sich nach einer Herzoperation bei Verwandten in Newton im US-Bundesstaat Massachusetts erholt, sagte, sie habe den Eindruck, daß der Film auf einen verschlechterten Gesundheitszustand ihres Mannes hindeute.

Die „Bild“-Zeitung hatte am Montag Standfotos aus dem Film veröffentlicht und in dem dazugehörigen Text die Vermutung geäußert, der Friedensnobelpreisträger habe offensichtlich nicht bemerkt, daß er gefilmt worden sei. Der 15minütige Film soll in der Zeit von Dezember 1985 bis Februar 1986 entstanden sein.

USA: Offiz

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 844, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Die mißhandelte Sprache

Zu den 83,7 Prozent befragter Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, die einen raschen Zerfall unserer Sprache sehen („Ade, du liebe Muttersprache“; WELT vom 15. März) gehören auch viele Leserbrief-Autoren. Sie reagieren damit auch auf

den Artikel „Wo es ächzt und würgt“ und „Sprachzerfall“ von Dankwart Guratzsch (beide ebenfalls in der WELT vom 15. März). Nachfolgend bringen wir eine zweite Auslese aus den zahlreichen Zuschriften zu diesem aktuellen Thema.

Seit Jahrzehnten wird unser „geliebtes Deutsch“ (Faust) von Fremdwörtern unterwandert; der jettende Opernfreak, die „extreme Telesufnahme“, die „Viktimsierung“ und die „Verifikation“ sind die neuesten Sumpfbildern. Ohne „pro“ und „per“ ohne „exakt“, „perfekt“, „generell“ und „präzis“, ohne „initiiert“, „inhalten“, „elaborieren“ und „optimieren“ (!) geht es nicht mehr.

Neuerdings macht die „Deutsche Bundesbahn Reklame mit „Park & Rail“, „Gepäck-Service“, „InterCity-Plus“, „Reise-Center“, „Piktogramm“, „Twen-Nachtramper“, „Zugbegleit-Team“ und „Quick-Pick“; ein „super-schneller“ Versuchszug heißt „InterCity Experimental“, was im Fernsehen „mangalt“, „mäntel“ oder „mentahl“ ausgesprochen wird.

Das Bundeskanzleramt sagt, der Verkehrsminister sei zuständig. Der Innenminister läßt ausrichten, die Länder hätten die „Kulturhoheit“, aber die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ werde „finanziell“ (unterstrichen) unterstützt (die vor der Pleite steht).

Im Postministerium sind meine „punktuellen“ (!) Anregungen „nicht auf Verständnis“ gestoßen. Verkehrsminister Dollinger schrieb mir persönlich, er sehe „wenig Sinn“ darin, „wie weiland Don Quichotte“ gegen Windmühlen zu kämpfen; nicht er sei verantwortlich, sondern die Hauptverwaltung der Bahn in Frankfurt a. M. Diese wiederum meinte, sie müsse sich „den heute allgemein üblichen Werbemethoden“ anpassen. Meine Frage nach der Aussprache von „Experimental“ wurde nicht beantwortet.

Meine fünfseitige Anfrage beim Verkehrsminister habe ich den elf Kultusministern und -senatoren mit der Bitte um Stellungnahme zugehen lassen. Ein Ministerium schreibt, man sei „bereits 1976“ tätig geworden; allerdings sei man gegen „provinzielle Deutschmühsal“. Ein zweites weist auf das „erwachte Nationalgefühl am Anfang des 20. (!) Jahrhunderts“ hin; „tröstlich“ sei der Gedanke, „daß viele neue Wörter nicht nur bei uns,

sondern in gleicher Weise auch in andere Sprachen Eingang gefunden haben.“ Eine dritte Antwort verweist darauf, daß auch ich „Minister, Präsident, Medien, Pamphlet u.a.“ verwende. Einem vierten Schreiben ist zu entnehmen, daß sich „der Entwicklungsprozess einer Sprache nicht sprachlich vorschreiben“ lasse, während in einem fünften festgestellt wird, daß „jede lebende Sprache... ständigen Veränderungen unterworfen“ ist. Ein sechstes Ministerium ist dafür, die Sprache „lebendig“ zu erhalten; auf die „Sensitivität“ komme es an. Nummer 7 bis 11 haben nicht geantwortet.

Die Entscheidung der Väter des Grundgesetzes, den deutschen Kultusminister zu streichen, ist nicht ohne Folgen geblieben. Was kann man tun? Was sagt unser Bundestag dazu? Friedrich Doepler, Oberst a. D., Celle

Den Ausführungen von Dankwart Guratzsch kann man nur beipflichten. Die deutsche Sprache ist ein Kulturgut, dessen Zerfall Einhalt zu gebieten höchste Zeit ist. Immer wieder, selbst in renommierten Zeitungen, finden sich grobe Verstöße gegen die deutsche Grammatik.

Die Schulen sind aufgerufen, richtiges Deutsch zu lehren. Aber sind sie dieser Aufgabe auch gewachsen, nachdem viele Jahre die deutsche Sprache in den Schulen sträflicherweise vernachlässigt worden ist? Dr. Friedrich Büniger, Bonn 2

Der Sprachverfall ist ja nicht nur auf die verfehlte Schulpolitik der Länder zurückzuführen. Die Nachrichtenredaktionen der Fernsehstationen beispielsweise beherrschen nicht einmal die Kunst der indirekten Rede. Da kommt dann ein primitiver Verbalismus zum Vorschein, daß sich die Haare sträuben.

Der Rückgang des Interesses der deutschen Sprache im Ausland liegt auch daran, daß es keine einheitlichen Regeln gibt, die als verbindlich gelten. Ausländer, die deutsche Lehrbücher benutzen, klagen immer wie-

der darüber, daß ein Buch dieses sagt, ein anderes jenes.

Gerade lese ich in der WELT vom 18. März das Wort vom „DDR“-Leuschangriff, eine besonders hirn-rissige Umschreibung des Abhörens. Sollten nicht auch Journalisten die Konsequenzen ziehen?

Mit freundlichen Grüßen
W. Elmbecke,
Hamburg 60

Sehr geehrter Herr Guratzsch, für Ihren Artikel „Sprachverfall“ herzlichen Dank.

Allerdings: Die WELT sollte endlich in sich gehen. Ich habe mich im Laufe der Zeit verschiedentlich bemüht, auf den Fremdwörtermißbrauch hinzuweisen, leider vergeblich. Man scheint kritikallos ohne Durchsicht alle Beiträge mit Fremdwörtern zu belassen. Auf Seite 3 der Ausgabe vom 15. März finde ich zum Beispiel: Statement, con sordino (mußte ich nachsehen), freak, Gag, Graphik-Tablen. Es wimmelt sonst von flops, Deal (nicht nur bei Drogen), Jackpots, „es macht Sinn“ usw.; gravierend, relevant sind ganz unnötig und können mehrfach deutsch ausgedrückt werden.

Mir scheint, hier ist ein „Kommisars“ nötig.

Mit freundlichen Grüßen
Karl H. Wolbrandt,
Wennewort

Sehr geehrte Damen und Herren, selten sprach mir ein Kommentar der WELT so aus dem Herzen wie der von Dankwart Guratzsch über den Sprachverfall.

Als Tochter eines altmodischen Deutschlehrers, die inzwischen fast 50 ist, fällt mir immer wieder auf, daß vor allem in der Rechtschreibung vieles nicht in Ordnung ist. Meine Tochter (19), kurz vor dem Abitur, bestätigt mir, daß selbst die heutigen Lehrkräfte Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben.

Als aufmerksame Leserin fällt mir auf, daß das auch bei Journalisten, die doch eigentlich mit der Sprache ihr tägliches Brot verdienen, so ist. Es vergeht fast kein Tag, an dem mir nicht irgendein Schmitzer in grammatikalischer Hinsicht in der WELT auffällt. Letztes Beispiel:

Ausgabe Nr. 62 vom 14. 3. 1986, Seite 20, in dem Artikel von Arja-K. Keynes, Bonn, „Erinnerung an Lebertran“ im letzten Absatz. Ich zitiere: „Im Rahmen einer TV-Gala wird morgen abend zu Spenden für ein Projekt aufgerufen, daß in Afrika beispiegelnd sein soll...“. Wie haben

wir es vor 40 Jahren gelernt: Wenn man das durch welche (r, s) ersetzen kann, wird es mit einfachem s geschrieben.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Poisz,
Dudenhofen

Wer mit ein wenig Interesse und Aufmerksamkeit die Entwicklung unserer Muttersprache verfolgt, dem kann nur das kalte Grausen kommen. Es hat den Anschein, als ob von den meisten Menschen kaum noch jemand soviel Bildung und Stillegefühl besitzt, um zu bemerken, wie tief wir inzwischen kulturell gesunken sind. Gerade maßgebende Persönlichkeiten haben ein gestörtes Verhältnis zu ihrer eigenen Muttersprache.

Es wurde bereits verschiedentlich offen darüber gesprochen und es wurden folgende „Sprachgruppen“ festgestellt:

- Beamten- und Juristendeutsch (hat es wohl schon immer gegeben).
- Professorendeutsch (nur noch Fremdwörter und ausländische Ausdrücke).
- Zeitungsdeutsch (bitte um Verzeihung: nicht in der WELT).
- Supermarkt- und Reklamedeutsch.
- Abfälligkeitsdeutsch.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihren Veröffentlichungen und werde mich durch die Artikel informieren - um die Mitgliedschaft bei der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ bemühen.

Mit freundlichen Grüßen
Donatus Stieler,
Freiamt

Die Wahrheit?

Sehr geehrte Damen und Herren, die Krzwingung der Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl durch den Kölner Generalstaatsanwalt würde von der Öffentlichkeit eher begriffen und hingenommen werden sein, hätte nicht der Generalstaatsanwalt mehrfach Unwahres behauptet und überzeugende Begründungen vorgehalten!

Es ist bisher nicht bekannt, daß etwa den Bonner Staatsanwälten ein

Wort des Tages

„Jeder, der lobt, fürchtet heute, für dumm gehalten zu werden. Jeder, der tadelt, ist sicher, für klug gehalten zu werden.“

Jean Cocteau, französischer Autor, Maler und Regisseur (1889-1963)

schließlich ihres leitenden Oberstaatsanwaltes mangelnde Rechts- und Sachkunde vorzuzulassen gewesen wäre. Auch wurde ihnen irgendein pflichtwidriges Handeln bislang nicht vorgeworfen. Was aber waren dann, wenn nicht politische, die maßgeblichen Gründe für den Generalstaatsanwalt, das Verfahren zu erzwingen? Und weshalb „informierte“ er dreimal wahrheitswidrig die Öffentlichkeit?

Erstens: Die Bonner Staatsanwaltschaft hätte ein Verfahren „aus eigener Erkenntnis“ einleiten wollen. Zweitens: Seitens der Bonner Staatsanwaltschaft hätte es „keine Gegenvorstellungen“ gegeben. Drittens: Er, der Generalstaatsanwalt, habe mit dem Justizminister „heinerlei Kontakte“ gehabt.

Darf ein Generalstaatsanwalt ungestrahlt die Öffentlichkeit an der Nase herumführen?

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Oskar Sittart,
Krefeld 11

Kompliment

Leserbrief zum Thema Neinsagen der WELT vom 24. März

Liebe WELT-Mannschaft, ich danke Ihnen dafür, daß mir Ihre Notausgabe vom Montag doch etwas das Frühstück verdorben hat. Das mag merkwürdig klingen, aber wäre es nicht schlimmer gewesen, wenn es mir gleichgültig gewesen wäre? Der Fehler zeigt, wie sehr wir uns aneinander gewöhnt haben: Mensch und Zeitung, Leser und WELT-Mannschaft.

Die Technik hat Sie vielleicht eine Nacht lang in die Knie zwingen können, aber dafür haben Sie in all den Jahren, in denen ich Sie kenne, Tag für Tag standhaft Stellung bezogen und saubere journalistische Arbeit geliefert. Und das werden Sie weiter tun, das weiß ich, und dafür möchte ich Ihnen danken.

Robert Stegemann,
Sinnig-Bad Bodendorf

Billige Kost

Die jungen Leute lassen die schnelle Küche hochleben; WELT vom 24. März

Sehr geehrte Damen und Herren, bei „Fast-Food“ fällt mir eine Anmerkung eines Freundes aus der Schweiz ein: „Welch ein Glück für die Feinschmecker, daß die Deutschen so schlecht essen!“

Ich glaube, er hat recht. Wenn die Deutschen so essen würden, wie auch heute noch ungezählte Franzosen, würde das Kilo Turbot 300 Mark und die Flasche La Turbe 1000 Mark kosten.

Heinz Runge,
Freiburg/Br.

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Das Königreich Tonga entsendet in Kürze einen neuen Botschafter nach Bonn. Siassi Taimani Aho erzieht inzwischen das Agrément. Auch Saudi-Arabien wird demnächst durch einen neuen Botschafter in Bonn vertreten sein. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Diplomaten Abbas Fayek Ghassawi das Agrément erteilt.

GEBURTSTAG

Professor Dr. Werner Rother feiert heute seinen 70. Geburtstag. Professor Rother hat an der Maximilians-Universität München Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht gelehrt. Professor Rother, in Dresden geboren, studierte in Leipzig und Kiel und promovierte 1941 in Leipzig. Nach dem Krieg war er zunächst im Dienst der Stadt Leipzig. Aus politischen Gründen konnte er sich in Leipzig nicht habilitieren und verlor auch seine Stelle. 1958 floh er in die Bundesrepublik Deutschland und habilitierte sich 1963 an der Universität München. 1968 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. In München war er bis zu seiner Pensionierung 1981 tätig.

AUSZEICHNUNG

Herbert von Karajan ist für die beste musikalische Leitung einer der zehn französischen Opernschallplatten-Preise in Paris zuerkannt worden. Karajan erhielt die Auszeichnung für die Aufnahme von Giuseppe Verdis und Johannes Brahms' Requiem (DGG), an der die Wiener Philharmoniker und der Wiener Singverein mitgewirkt hatten. Der deutschen Sopranistin Waltraud Meier, die in Richard Wagners „Parsifal“ (Pauze Marconi) die Kundry singt, wurde der Preis des französischen Kulturministeriums verliehen.

VERANSTALTUNGEN

Die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat gab in Hannover einen Empfang für Wilhelm Kampf, der am Sonntag seinen 81. Geburtstag feierte. Von 1958 an war der geborene Hesse als Referent für kulturelle Aufgaben und gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit im niedersächsischen Vertriebsministerium tätig. Seine 1971 anstehende Versetzung in den Ruhestand wurde um drei Jahre verschoben, weil man auf sein Fachwissen nicht verzichten wollte.

Wilhelm Kampf ist Vorsitzender des Kuratoriums in der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat und gehört dem Vorstand des „Nordostdeutschen Kulturwerks“ in Lüneburg an.

Die Stadt Goslar hatte wieder einmal eingeladen, der „Churfürstlich Meintzische Mundtkoch“ Marzen Bumpalk hatte mit seinem 1587 erschienenen Kochbuch Rezepte und Rezeanweisungen geliefert, „wie man herrliche große Pancketen ordentlich anrichten und bestellen soll“. Und 200 Prominente aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien waren dem Ruf zum mittelalterlichen Schmaus in die Kaiserpfalz gefolgt. Ehrengast des „19. Goslarischen Panckets“ war diesmal der Vorstandsvorsitzende der Preussag AG, Günther Saßmannshausen. Mit dabei waren der Präsident des niedersächsischen Landtags, Edward Blanke (CDU), und der Landtagsvizepräsident Helmut Basse (SPD).

BERUFUNG

Der Generalmusikdirektor am Stadttheater Bremerhaven, Leo Plettner, ist zum 1. Oktober 1986 als ordentlicher Professor für musikalische Leitung der Musikwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Bremen berufen worden. Leo Plettner wird jedoch im Rahmen seines Vertrages dem Städtischen Orchester sowie dem Stadttheater Bremerhaven weiterhin zur Verfügung stehen.

WAHL

Dr. Walter Hoppe, außerplanmäßiger Professor für Physikalische Chemie der TU München, emeritiertes wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biochemie, wurde zum ordentlichen Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt.

Der Unternehmer Benno Hettlage ist am Sonntag in seiner Villa in Grünwald bei München verstorben. Der Besitzer von 40 Kaufhäusern in München sein erstes Kaufhaus eröffnete. Inzwischen beschäftigt sein Imperium 2500 Mitarbeiter. Jeder zweite von ihnen ist im Besitz von Aktien der Firma.

MEISTER DER FARBGESTALTUNG



NEU

Canon eröffnet dem farbigen Kopieren einen ganz neuen Gestaltungsspielraum. Der neue Canon NP-3525 fertigt selbst von Schwarz-Weiß-Vorlagen in einem einzigen Durchgang zweifarbige Kopien an. Auf Tastendruck. Oder noch einfacher, auf Wunsch mit dem Elektronik-Pen, seines neuartigen Markiersystems. Doch damit nicht

genug: Die ausgewählten Farben erscheinen an den von Ihnen vorbestimmten Stellen der Kopie. Damit wird ein Kopierer zu einer wertvollen Gestaltungshilfe für alle, die ihre Informationen mit farbigen Skalen, Grafiken, Bildern oder Überschriften verdeutlichen wollen.

für Canon-Fachhändler zeigt Ihnen gern, wozu dieser Gestaltungskünstler in der Lage ist. Ganz abgesehen von einer außergewöhnlichen Palette modernster Standardleistungen.

Noch nie war es so einfach, Kopien farbig zu gestalten. Einmal mehr ist es Canon-Technik, die das Kopieren einen entscheidenden Schritt voranbringt.

NP-3525



Errechen Sie die Canon Copier GmbH, Hellerbergstr. 2-4, 4000 Huesen
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

FUSSBALL / Pokalspiel Stuttgart - Dortmund

Förster: Verletzt, aber dabei

Im Normalfall hätte Karlheinz Förster sein... Die Besetzung war hochkarätig, die das Haus Adidas 68 Tage vor Beginn der Fußball-WM in seinem Hotel in Herzogenaurach über...

BASKETBALL / Die Drogensucht und ihre Auswirkungen in den USA

Kokain! Die Strafe: lebenslänglich für einen Superstar. Nie mehr Profi

LARRY ROSBUD, New York Das Urteil war hart, aber notwendig und längst überfällig. Zu lange hatten die Verantwortlichen den Kopf in den Sand gesteckt, zu lange heile Welt gespielt. Der Name: Michael Ray Richardson. Die Verfehlung: Kokain. Die Strafe: lebenslänglich.

MOTORSPORT / Beim Formel-1-Rennen in der Eifel - vor dem Fernseh

Die Wette gilt: Ein Steak gegen Zakspeed

LEO WIELAND, Nürnberg Wer fährt an einem verregneten Nachmittag nach Nürnberg, wenn kein Rennen stattfindet? Die Formel-1-Fans, denn im Hotel „Döttinger Höhe“ gibt es fast immer ein Autorennen zu sehen - im Fernsehen.

NACHRICHTEN

Neue Fußball-Liga

New York (sid) - In den USA ist mit der sieben Vereine umfassenden „Western Soccer Alliance“ eine neue Fußball-Profiliga gegründet worden.

Plontek bleibt

Belfast (sid) - Josef Plontek (46) wird seinen Vertrag als deutscher Fußball-Nationaltrainer bis zum 30. Juni 1988 erfüllen.

Tödlich verunglückt

Spittal (sid) - Bei einem Autounfall in der Nähe von Spittal (Österreich) sind die beiden jugoslawischen Skirennläufer Jose Kurnat und Stane Jerlek tödlich verunglückt.

Löhr sagte ab

Düsseldorf (dpa) - Hannes Löhr (43), ehemals Trainer des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Köln, schlug ein Angebot des Konkurrenzvereins Fortuna Düsseldorf für eine Manager-tätigkeit aus.

Paris und Olympia

Paris (sid) - Paris hat sich nach Barcelona, Amsterdam, Birmingham, Sofia und Brisbane offiziell um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 beworben.

Baric wieder nach Wien

Wien (O. B.) - Otto Baric, ehemals Trainer bei Rapid Wien und dann beim deutschen EK-Meister VfB Stuttgart tätig, kehrt zu Rapid Wien zurück.

ZAHLEN

TENNIS Grand-Prix-Turnier in Rotterdam: Swiss Team (Zürich) (SWS) - Marzer (Düsseldorf) 6:3, 3:6, 6:3. HOCKEY 1. Bundesliga in Haidhof, Finnland - Deutschland 5:1 (2:0, 2:0, 1:1).

TENNIS

Rekordstrafe für Connors

Der Amerikaner Jimmy Connors (33) wurde von der Internationalen Vereinigung der Tennis-Profs (MIPTC) für 30 Tage gesperrt und muß eine Strafe von 20 000 Dollar zahlen.

LEICHTATHLETIK

Hingsen: „Mit dem Rücken zur Wand“

Der Europacup-Wettkampf vom vorigen Jahr ist abgeklappt, und jetzt steht sich mit dem Rücken zur Wand, sagte der Uerdinger Zehnkämpfer Weltrekordler Jürgen Hingsen gestern und begab sich gemeinsam mit Ehefrau Jeanne, Trainer Norbert Pitzken und dem Physiotherapeuten Hans Pfeifer auf die Reise nach Los Angeles.

STANDPUNKT / Mexiko

Die Besetzung war hochkarätig, die das Haus Adidas 68 Tage vor Beginn der Fußball-WM in seinem Hotel in Herzogenaurach über...

Ben Kern, aber noch keine Mannschaft. Die Brasilianer seien auch noch nicht viel weiter, erzählte Alberto. Die Probleme für Trainer Santana werden beginnen, wenn von 29 auf 22 Spieler reduziert werden muß.

Advertisement for Cabrios cars. Features a large image of a white Cabriolet. Text: 'Diese Woche Neuer Trend Cabrios von 7990 bis 383040 Mark'. Includes contact information for 'Neuer Trend Cabrios'.

Advertisement for 'GESCHÄFTSVERBINDUNGEN'. Contains multiple small ads for various services: 'Wir sind: Ein seit 25 Jahren im Fachhandel eingeführtes...', 'Wir suchen: BEI GROSSBETRIEBSFORMEN...', 'Wir bieten: Für den SB-Bereich...', 'Produkte für Feld und Garten', 'Werbeaufmann', 'Handelsvertreter', 'Dr.-Ing.', 'Verkaufsförderer', 'Versandhandel', 'Bekanntes Hamburger Außenhandelshaus', 'Wir vertreten Ihre Interessen in Italien', 'Wir sind eine Firma im Geschäft...', 'Chancen in Frankfurt', 'Fac Ma', '5.1'.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Architekt', 'Führungs', 'Diplom-Ingenieur', 'Fach Ma', '5.1', 'Sondersangebot', 'Zweig. C'.

Engelhard sieht 116 im Einklang mit Verfassung

Arbeitgeber sehen Bedenken bereits durch die Anhörung widerlegt

GÜNTHER BADING, Bonn
Das vom früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda im Auftrag der SPD-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erarbeitete Gutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des neuen Neutralitäts-Paragrafen 116 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) gibt nach Auffassung von Bundesjustizminister Hans A. Engelhard „keinen Anlaß“, den Standpunkt der Bundesregierung zu revidieren. Engelhard: „Es bleibt dabei. Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Neutralitäts-Paragrafen steht mit der Verfassung in Einklang.“

Den Kernthesen des Benda-Gutachtens hält Bundesjustizminister Engelhard folgendes entgegen:
● „Die Behauptung Professor Benda ist unrichtig, daß der Gesetzgeber mit der geplanten Änderung des Paragraphen 116 AFG sachwidrig und unverhältnismäßig in Eigentumsrechte eingreife. Auch die Bundesregierung ist bei ihrer Beurteilung davon ausgegangen, daß Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung Eigentumschutz genießen. Die vorgesehene Regelung ist aber eine durchaus zulässige Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums. Benda geht zu Unrecht davon aus, daß hier eine Klarstellung der Rechtslage nicht erforderlich sei. Spätestens mit der Entscheidung des Sozialgerichts Frankfurt, die die Neutralitätsordnung für rechtswidrig und unwirksam erklärt habe, ist eine klare gesetzliche Regelung unabwendbar.“

Streikrecht unberührt

Benda verkennt auch den Regelungsbereich, der dem Gesetzgeber bei dem Ausgleich zwischen Eigentumschutz und Koalitionsfreiheit zusteht: Der Gesetzgeber hat das unbestreitbare Recht, die Voraussetzungen für die Sicherstellung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf zu präzisieren. An dieser Beurteilung hat sich auch angesichts der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. März 1986 zum Eigentumschutz von Arbeitslosengeld nichts geändert.“ (Siehe WELT v. 20.3.)
● „Falsch ist die Behauptung Benda, daß die Neuregelung des Para-

graphen 116 AFG auf eine Veränderung der Kampfchancen im Arbeitskampf abziele. Der Entwurf regelt keineswegs die rechtliche Zulässigkeit von Streik und Aussperrung, insbesondere wird hierdurch das Streikrecht nicht eingeschränkt. Der Gesetzgeber kann sich aber nicht der Pflicht entziehen, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit angesichts veränderter Arbeitskämpfmetho-den sicherzustellen.“

● „Völlig verfehlt ist schließlich die Behauptung Benda, die Versicherungen würden als „Faustpfand“ benutzt, um andere Ziele zu verfolgen. Die geplante Neuregelung des Paragraphen 116 AFG sieht das Ruhen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nur vor für jene Versicherte, denen der Arbeitskampf voraussichtlich zugute kommt.“

Versicherte als Faustpfand

Niemand hat aber ein Recht auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, wenn dadurch gegen die Neutralitätspflicht des Staates bei Arbeitskämpfen verstoßen wird.“

Justizminister Engelhard begrüßt im übrigen die Feststellung Benda in seinem Gutachten, daß gegen den Gesetzesentwurf unter dem rechtsstaatlichen Gesichtspunkt der „Normenklarheit“ keine Bedenken wegen der Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe bestünden.

Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält bei aller Kritik an der jetzigen Fassung des 116 AFG das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Neutralitätsicherung des Staates im Arbeitskampf für verfassungskonform. Die Bundesvereinigung verweist im übrigen darauf, daß die überwiegende Zahl der juristischen Sachverständigen während der Anhörung im Bundestag die Verfassungsmäßigkeit „überzeugend bejaht“ habe. Die Meinung Benda sei in der Anhörung dagegen widerlegt worden. Hinter Benda Ansicht stelle sich erwartungsgemäß der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel. Er appelliert an alle sozialdemokratisch regierten Länder und die eigene Fraktion, sich einer Verfassungsklage der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen den Paragraphen anzuschließen.

Der DGB und das „Votum der Arbeitnehmer“

gba. Bonn

Als „politische Agitation“ hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Stimmentelation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen die Neufassung des Neutralitäts-Paragrafen 116 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) bezeichnet. Die unter dem Stichwort „Arbeitnehmersvotum“ angesagte Befragungsaktion des DGB soll am 2. April beginnen und zwei Wochen dauern.

Im Auftrag zu der Abstimmung geht der DGB so weit, der parlamentarischen Mehrheitsentscheidung das „Arbeitnehmersvotum“ entgegenzustellen. In dem vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gebilligten Wortlaut heißt es: „Das jetzt beschlossene Gesetz verdrängt die geltende Rechtslage zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in ihr Gegenteil. Tatsache ist: Das Votum der Mehrheit des Deutschen Bundestages ist ein frontal Angriff auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften und gefährdet den sozialen Frieden. Wir setzen das Votum der Arbeitnehmer dagegen.“

Das Flugblatt enthält auch Aussagen, die geeignet sind, bei den betroffenen Arbeitnehmern falsche Eindrücke zu erwecken. So wird suggeriert, daß alle Arbeitnehmer außerhalb eines unkämpften Tarifgebietes ein ungekämpften Tarifgebietes erhalten sollen. Tatsache ist allerdings, daß es keinerlei Fernwirkungen in andere Branchen gibt und daß im Gegensatz zur DGB-Außerung die Verweigerung von Kurzarbeitergeld die Ausnahme ist.

Im sogenannten „Arbeitnehmersvotum“ wird nicht neutral nach der Haltung zum neuen 116 gefragt. In dem „Stimmzettel“ heißt es: „Ich will die Streikfähigkeit erhalten. Deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagrafen 116 AFG ab.“ Dahinter kann Ja oder Nein angekreuzt werden.

Darunter ist der Schlußsatz gedruckt: „Ich versichere, daß ich diese Erklärung nur einmal abgebe.“ Für den Eintrag von Namen oder Unterschrift fehlt der Raum. Kritiker der Aktion fürchten deshalb ähnliche Manipulationen, wie sie etwa bei der IG Metall-Urabstimmung 1984 im Stuttgarter Raum offenkundig geworden sind.

Japanische Unternehmen zeigen jetzt starkes Interesse an SDI-Beteiligung

Experten erkundigen sich in USA nach Fortschritten der technologischen Forschung

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Mit der für heute in Washington vorgesehenen Unterzeichnung der beiden deutsch-amerikanischen Kooperationsabkommen für die SDI-Forschung und den allgemeinen Technologie-Transfer durch den Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und US-Verteidigungsminister Casper Weinberger richtet sich das Interesse auf die möglichen Absichten anderer westlicher Industrienationen, der amerikanischen Einladung zur Beteiligung an der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) zu folgen.

Bereits bekannt ist, daß auch Italien mit den USA in Verhandlungen getreten ist. Gleichzeitig wird aus Tokio berichtet, daß am kommenden Montag eine japanische Delegation in die USA reist, um die bereits im vergangenen Jahr geknüpften Kontakte über eine Beteiligung japanischer Unternehmen an SDI zu vertiefen. Erstmals werden diesen Delegierten auch führende Vertreter der japanischen Industrie angehören. Die Gruppe, der auch neun Vertreter diverser Tokioter Ministerien beigeord-

net sind, wird insgesamt 55 Mitglieder umfassen und damit ungewöhnlich umfangreich sein.

Mit dieser Abordnung reist zum dritten Mal eine japanische Gruppe in die USA, um weitere Informationen über den jüngsten Stand der Entwicklung innerhalb der SDI-Forschung zu sammeln. Die Tatsache der erstmaligen Beteiligung auch privater Unternehmer zeigt, daß das anfangs für dieses Projekt eher hinderliche innenpolitische Klima in Japan sich inzwischen gewandelt zu haben scheint. Nach den ersten beiden Delegationen, die allein aus Regierungsvertretern bestanden, und die sich im Juni 1985 und im vergangenen Januar in den USA aufhielten, sieht die japanische Industrie nun offensichtlich die Zeit gekommen, durch eigene kritische Begutachtung und Bewertung herauszufinden, welche Möglichkeiten des technologischen Fortschritts sich für ihre stark leistungsorientiert eingestuftem Unternehmen durch SDI ergeben. Dem Vernehmen nach will die japanische Regierung noch keine Entscheidungen über eine wie immer geartete offizielle Unter-

stützung der Industrie treffen. Sie möchte aber zur Vorbereitung des Weltwirtschaftstreffens der sieben westlichen Industrienationen Anfang Mai in Tokio durch eine gesicherte Informationsbasis die Voraussetzungen für ihre eigene Urteilsfähigkeit in Sachen SDI schaffen.

Neben Vertretern der Ministerien für Äußeres, Internationalen Handel und Industrie, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technologie werden 46 Industrierepräsentanten von 21 privaten Firmen neun Tage lang die USA bereisen. Nach Unterrichtungen im Pentagon durch das SDI-Büro will sich die Delegation dann in drei gleich starke Gruppen aufteilen und an verschiedenen Orten der USA die Forschungsprojekte „gerichtete Energiewaffen“, „kinetische Energiewaffen“ sowie „Überwachung, Zielerfassung und -verfolgung, Schadensbewertung“ studieren. Auf dem Besichtigungsprogramm stehen dafür die Laboratorien in Los Alamos, das Strategische Verteidigungskommando des Heeres, die Universität von Texas sowie die Raketen- und Weltraum-Abteilung von Lockheed.

Schröder teilt den „Ansatz“ Lafontaines

mcc. Bonn

Die Forderungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oscar Lafontaine (SPD) nach einem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der militärischen Integration der NATO sind vom niedersächsischen SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder im Prinzip unterstützt worden. Schröder sagte im Deutschlandfunk, der „langfristige Ansatz“ Lafontaines gelte als richtig. Europa müsse zwischen den Supermächten eine „eigene Position“ entwickeln. Dies nicht nur zu wollen, sondern dann auch zu sagen, sei Lafontaines Verdienst.

Schröder meinte jedoch einschränkend, eine lediglich politische Integration und eine militärische Desintegration könne erst am Ende eines sehr langen Prozesses stehen. Unter dessen forderte Außenminister Hans-Dietrich Genscher den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau auf, sich klärend zu den Ansichten Lafontaines zu äußern.

Von Vogel ein Lob für Kohl

dpa, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat die Haltung von Bundeskanzler Helmut Kohl in dem Ermittlungsverfahren der Bonner und der Koblenzer Staatsanwaltschaften gelobt. Vor der Fraktions-spitze sagte er, es verdiene Anerkennung, daß Kohl sich von den „verleumdenden Anschuldigungen“ des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht distanziert und sein Vertrauen in die korrekte Handhabung des Verfahrens durch die Staatsanwälte bekundet habe.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kohl wegen unedlicher Falschaussage vor den Spenderuntersuchungsausschüssen in Bonn und Mainz. Der SPD-Fraktionschef meinte weiter, es wäre allerdings gut, wenn der Bundeskanzler seine Einschätzung auch jenen vermittelte, die das Vertrauen in die Justiz „aus parteilichem Kalkül“ rücksichtslos untergraben.“

Letzte Offiziere mit Kriegserfahrung

DW, Bonn

Aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr scheidet am 31. März die letzten kriegserfahrenen Wehrmacht-Offiziere. Es sind dies die Generale Werner Schäfer, Horst Netzer, Heinrich-Felix Beckmann, Martin Holzfuß und Franz-Josef Wiesner. Die Soldaten gehören den Jahrgängen 1925/26 an und waren in der Schluphase des Zweiten Weltkrieges noch zum Offizier befördert worden. Generalleutnant Schäfer steht dem Kölner Heeresamt vor, Generalmajor Netzer kommandiert die 1. Gebirgsdivision in Garmisch. Bereits gestern wurde Generalmajor Beckmann, ebenfalls im Heeresamt tätig, mit einem feierlichen Appell in Münster-Handorf in den Ruhestand verabschiedet. Verteidigungsminister Manfred Wörner überreichte Beckmann das von Bundespräsident Richard von Weizsäcker verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Bayerische SPD hört nicht auf Rat von Wernitz

PETER SCHMALZ, München

Nachdem die bayerische SPD gestern auf einer außerordentlichen Landesvorstandssitzung ihren Auftrag zur Teilnahme an der Osterdemonstration gegen die Wiedererrichtung der Wackersdorfer Atomkraftanlage bei Wackersdorf bekräftigt, wird nun die Frage diskutiert, ob ein Abstand von 500 Metern zwischen Kundgebungsort und Bau zum tatsächlich ausreichenden friedlichen Demonstrationen und Gewalttätigkeiten zu trennen.

Der SPD-Vorstand hatte sich Karten und einen Videofilm über das vorgesehene Kundgebungsgelände angesehen und war zu der Überzeugung gekommen, der Ort liege in ausreichender Entfernung zum Bau. Durch diesen Abstand sei sichergestellt, daß kein Demonstrationsteilnehmer unfreiwillig in gewaltsame Aktionen verwickelt wird“, erklärte stellvertretende Landesvorsitzende Renate Schmidt nach der Sitzung.

In einem Offenen Brief, den der Landesvorstand einstimmig billigte, appelliert der SPD-Spitzenkandidat Kurt-Heinz Hiersemann an die Demonstranten, nach der Kundgebung nicht zum Bau zu ziehen, sondern den Demonstrationstriefertag zu verlassen.

Staatssekretär Heinz Rosenburg von bayerischen Innenministerien erklärte gestern, er wolle der SPD keineswegs das Demonstrationsrecht nehmen, aber angesichts der zahlreichen Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten am Baugelände könne sie ihrer Verantwortung für einen Demonstrationstriefertag nur gerecht werden, wenn die Veranstaltung in den Ostertagen nicht im Raum Wackersdorf stattfindet.

Der bayerische FDP-Vorsitzende Manfred Brunner bezeichnete es als einen interessanten Vorgang, daß der SPD-Landesvorstand die Forderung des SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundestagsingenieurvereins Axel Wernitz, von seiner Teilnahme abzusehen, nicht beachte.

Auch die evangelische Kirche in Bayern äußerte ihre Besorgnis. Im Hinblick auf die geplanten Osterdemonstrationen und -märsche in Wackersdorf gab Kardinal Friedrich Wetter in München zu bedenken, daß christliche Feste immer mehr zu Demonstrationstagen verflucht werden.“

M.A.N.-Reisebus 362

Neue Dimensionen des Reisens

Ausgefeilte Fahrwerktechnik und funktionelle Formgebung stehen für Komfort und Wirtschaftlichkeit. Luxus und Komfort müssen nicht unverträglich sein mit Vernunft und Wirtschaftlichkeit. Besonders der neue Reisebus von M.A.N. ist dafür ein Beweis. Bei einem Höchstmaß an Fahrkomfort bietet er eine hohe Sicherheitsreserve. - Die Basis für beides ist eine überlegene Fahrwerkskonstruktion: Voll-Luftfederung, Einzelradanlenkung vorne, Freiarmschwinge mit dem Komfort einer Einzelaufhängung hinten. Komfort und Sicherheit sind die eine Seite des Reisens, Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks die andere. M.A.N.-Reisebusse sind für Langlebigkeit und kostengünstigen Betrieb konzipiert: beispielsweise durch die Verwendung korrosionsbeständiger Werkstoffe. - Bug und Heck sind aerodynamisch geformt und in Kunststoff ausgeführt. Das bedeutet reduziertes Eigengewicht und damit auch weniger Kraftstoffverbrauch. Dazu kommen die wirtschaftlichen Reihenmotoren, die ihre Kraft in einer hohen Durchschnittsgeschwindigkeit bei angenehmer geringer Geräuschentwicklung zeigen.

Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept



M.A.N.-Technik im Dienst des Reisekomforts
Auch im Fahrgastraum sorgt neue Technik für ein angenehmes Klima: Das elektronisch gesteuerte Lüftungssystem arbeitet mit Lufteintritt über Dach im Heck. Über Dachkanäle erfolgt die Be- und Entlüftung des gesamten Wageninneren von hinten nach vorne. Mit Luftaustritten über den vorderen Türen - in der Unterdruckzone - unterstützt die Aerodynamik das System. Serienmäßige Wärmetauscher in der Lüftungseinheit ermöglichen die Temperierung der Frischluft. Das bedeutet optimales Raumklima für den Fahrer und seiner Fahrgäste. Selbstverständlich kann eine integrierte Klimaanlage eingebaut werden. M.A.N.-Technik ist eben für alle ein attraktiver und stets zuverlässiger Reisebegleiter.



Nutzfahrzeuge

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigentext
M.A.N. Nutzfahrzeuge GmbH
VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50
Anschrift/Firmenstempel

Stabil Illusi

ed- Jubelbotschaft: Im 3. Quartal 1985 ist die Beschäftigung in der BRD um 0,3 Prozent gestiegen. Pro Kopf ein Rückgang um 0,1 Prozent. Das ist ein Rekord. Die Bundesregierung ist stolz auf diese Zahlen. Sie sind ein Beweis für die Stabilität der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung ist stolz auf diese Zahlen. Sie sind ein Beweis für die Stabilität der deutschen Wirtschaft.

Nach langer Krisenzeit durch die Sanktionen im Iran und die Verluste in den letzten Jahren hat die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 1986 einen Aufschwung erlebt. Die Produktion ist um 0,3 Prozent gestiegen. Das ist ein Rekord. Die Bundesregierung ist stolz auf diese Zahlen. Sie sind ein Beweis für die Stabilität der deutschen Wirtschaft.



American Express International, Inc., Postfach 110101, 6000 Frankfurt 11, Telefon 069-720016.

Sie verschafft Ihnen keinen Namen.
Sie sorgt nur dafür, daß er überall etwas gilt.

FÜR manche scheint die American Express Karte so etwas zu sein wie eine gesellschaftliche Frage.

Man hätte sie gern bei noblen Gelegenheiten als elegantere Version von Geld. So, als würde einem die Karte mehr Flair, mehr Renommee verschaffen.

Dabei ist sie im Grunde nur der *simpelste* Umgang mit Geld.

Mit der Karte werden Sie *nicht* zur großen Welt gehören; Sie können lediglich weltweit die Erfahrung einer Firma nutzen, die seit mehr als 100 Jahren Reisen und Zahlen so

einfach und sicher wie möglich macht. Vom Reisescheck bis zum internationalen Einsatz der Karte.

Mit der Karte werden Sie nicht mehr Geld haben; Sie können lediglich *flexibler, wirtschaftlicher* darüber verfügen.

Mit der Karte werden Sie nicht mehr Ansehen genießen. Wenn Sie *etwas* mit ihr genießen, dann ist das einzig und allein Ihr persönlicher Erfolg.

Denn bevor irgend jemand mit seinem guten Namen bezahlen kann, hat er sich diesen guten Namen schließlich gemacht.

 American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Toronto
Zahl
LT

Inlandszertifikate

Table with columns for bank names (e.g., AABUNVFI, Adlon) and their respective interest rates.

Geld-Fonds

Table listing various money funds and their performance metrics.

Asienzertifikate

Table listing Asian certificates and their associated rates.

Optionshandel

Table detailing options trading data, including call and put options for various stocks.

WELT-Aktien-Indices

Table showing world stock indices and their percentage changes.

Devisenmärkte

Table displaying foreign exchange rates for various currencies.

Kursnotizen (Frankfurt)

Table listing stock prices and market movements in Frankfurt.

Kursnotizen (Frankfurt)

Table listing stock prices and market movements in Frankfurt.

Junge Aktien

Table listing prices for young stocks.

Devisen und Sorten

Table listing exchange rates and gold prices.

Obituary notice for Antonina Gmurzynska, including her name, date of death, and funeral arrangements.

Advertisement for 'Die Perfektion' featuring a Jaguar car.

Advertisement for 'Büro-Service in Saarbrücken'.

Advertisement for 'LINIENFLÜGE BERLIN-PADERBORN'.

Advertisement for 'Bekanntmachungen'.

Advertisement for 'International design competition for Indira Gandhi National Centre for arts in New Delhi'.

Advertisement for 'Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft'.

Advertisement for 'HAAKE BECK BRAUEREI AG BREMEN'.

Advertisement for 'International design competition for Indira Gandhi National Centre for arts in New Delhi'.

Obituary notice for Alfred M. Stahmer.

Advertisement for 'Brot für die Welt'.

Advertisement for 'Die Diebe sind smart!'.

Advertisement for 'Bad Bevensen'.

Advertisement for 'Lebenshilfe für geistig Behinderte'.

Advertisement for 'Immobilienkapitalien'.

Advertisement for 'Villa bei Rüschdorf'.

Advertisement for 'HAARLEN'.

Advertisement for 'Wohnung auf SYLT'.

Advertisement for 'Hannover-Bothfeld'.

Advertisement for 'roetgedecktes Landhaus'.

Advertisement for 'International design competition for Indira Gandhi National Centre for arts in New Delhi'.

Nr. 72 - Mittwoch, 26. März 1986

Devisenmärkte

Der US-Dollar erreichte am 25. März ein neues Höchstniveau von 1,7845 DM. Der Kurs wurde durch den Anstieg des 1er gegen den 3er Monatszins in den USA sowie durch den Anstieg des 1er gegen den 3er Monatszins in Deutschland verursacht. Der US-Dollar erreichte am 25. März ein neues Höchstniveau von 1,7845 DM. Der Kurs wurde durch den Anstieg des 1er gegen den 3er Monatszins in den USA sowie durch den Anstieg des 1er gegen den 3er Monatszins in Deutschland verursacht.

Devisen und Schecks

Währung	Kurs
USA	1,7845
Frankreich	166,35
Italien	2036,50
Japan	163,60
Westdeutschland	100,00
Österreich	13,7603
Schweiz	7,2035
Skandinavien	136,48
UK	2,9366
Belgien	36,3633
Niederlande	2,2037
Portugal	200,48
Spanien	166,64
Grünes Ländchen	136,48
Polen	100,00
Yugoslawien	100,00
Indonesien	100,00
Singapur	100,00
Malaysia	100,00
Thailand	100,00
Philippinen	100,00
Sri Lanka	100,00
Indien	100,00
China	100,00
Sowjetunion	100,00
DDR	100,00
BRD	100,00

HYPOKON

Wohnen im Mann

LAKE BECK

BAUEREI AG BREMEN

EINLADUNG

TAGESORDNUNG

Mittwoch, 26. März 1986 - Nr. 72 - DIE WELT

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Öffentliche Anleihen gesucht

Im Bereich der öffentlichen Anleihen suchen Kaufverträge vornehmlich aus dem Ausland kommend - für Kurstleistungen, die bis zu knapp einem halben Prozent liegen. Gefragt werden vor allem langfristige. Es wird davon ausgegangen, daß noch den Ausschlusskriterien in der Fassung der US-Notenbank durch die Deutsche Bundesbank entspricht im kommenden Jahr wieder steigender Inflationssatz mit Zinsausgleichsmaßnahmen zurückzuführen geworden ist.

Bundesanleihen		
7 1/2 % 1987	102,75	102,75
7 1/2 % 1988	102,75	102,75
7 1/2 % 1989	102,75	102,75
7 1/2 % 1990	102,75	102,75
7 1/2 % 1991	102,75	102,75
7 1/2 % 1992	102,75	102,75
7 1/2 % 1993	102,75	102,75
7 1/2 % 1994	102,75	102,75
7 1/2 % 1995	102,75	102,75
7 1/2 % 1996	102,75	102,75
7 1/2 % 1997	102,75	102,75
7 1/2 % 1998	102,75	102,75
7 1/2 % 1999	102,75	102,75
7 1/2 % 2000	102,75	102,75
7 1/2 % 2001	102,75	102,75
7 1/2 % 2002	102,75	102,75
7 1/2 % 2003	102,75	102,75
7 1/2 % 2004	102,75	102,75
7 1/2 % 2005	102,75	102,75
7 1/2 % 2006	102,75	102,75
7 1/2 % 2007	102,75	102,75
7 1/2 % 2008	102,75	102,75
7 1/2 % 2009	102,75	102,75
7 1/2 % 2010	102,75	102,75
7 1/2 % 2011	102,75	102,75
7 1/2 % 2012	102,75	102,75
7 1/2 % 2013	102,75	102,75
7 1/2 % 2014	102,75	102,75
7 1/2 % 2015	102,75	102,75
7 1/2 % 2016	102,75	102,75
7 1/2 % 2017	102,75	102,75
7 1/2 % 2018	102,75	102,75
7 1/2 % 2019	102,75	102,75
7 1/2 % 2020	102,75	102,75
7 1/2 % 2021	102,75	102,75
7 1/2 % 2022	102,75	102,75
7 1/2 % 2023	102,75	102,75
7 1/2 % 2024	102,75	102,75
7 1/2 % 2025	102,75	102,75
7 1/2 % 2026	102,75	102,75
7 1/2 % 2027	102,75	102,75
7 1/2 % 2028	102,75	102,75
7 1/2 % 2029	102,75	102,75
7 1/2 % 2030	102,75	102,75
7 1/2 % 2031	102,75	102,75
7 1/2 % 2032	102,75	102,75
7 1/2 % 2033	102,75	102,75
7 1/2 % 2034	102,75	102,75
7 1/2 % 2035	102,75	102,75
7 1/2 % 2036	102,75	102,75
7 1/2 % 2037	102,75	102,75
7 1/2 % 2038	102,75	102,75
7 1/2 % 2039	102,75	102,75
7 1/2 % 2040	102,75	102,75
7 1/2 % 2041	102,75	102,75
7 1/2 % 2042	102,75	102,75
7 1/2 % 2043	102,75	102,75
7 1/2 % 2044	102,75	102,75
7 1/2 % 2045	102,75	102,75
7 1/2 % 2046	102,75	102,75
7 1/2 % 2047	102,75	102,75
7 1/2 % 2048	102,75	102,75
7 1/2 % 2049	102,75	102,75
7 1/2 % 2050	102,75	102,75
7 1/2 % 2051	102,75	102,75
7 1/2 % 2052	102,75	102,75
7 1/2 % 2053	102,75	102,75
7 1/2 % 2054	102,75	102,75
7 1/2 % 2055	102,75	102,75
7 1/2 % 2056	102,75	102,75
7 1/2 % 2057	102,75	102,75
7 1/2 % 2058	102,75	102,75
7 1/2 % 2059	102,75	102,75
7 1/2 % 2060	102,75	102,75
7 1/2 % 2061	102,75	102,75
7 1/2 % 2062	102,75	102,75
7 1/2 % 2063	102,75	102,75
7 1/2 % 2064	102,75	102,75
7 1/2 % 2065	102,75	102,75
7 1/2 % 2066	102,75	102,75
7 1/2 % 2067	102,75	102,75
7 1/2 % 2068	102,75	102,75
7 1/2 % 2069	102,75	102,75
7 1/2 % 2070	102,75	102,75
7 1/2 % 2071	102,75	102,75
7 1/2 % 2072	102,75	102,75
7 1/2 % 2073	102,75	102,75
7 1/2 % 2074	102,75	102,75
7 1/2 % 2075	102,75	102,75
7 1/2 % 2076	102,75	102,75
7 1/2 % 2077	102,75	102,75
7 1/2 % 2078	102,75	102,75
7 1/2 % 2079	102,75	102,75
7 1/2 % 2080	102,75	102,75
7 1/2 % 2081	102,75	102,75
7 1/2 % 2082	102,75	102,75
7 1/2 % 2083	102,75	102,75
7 1/2 % 2084	102,75	102,75
7 1/2 % 2085	102,75	102,75
7 1/2 % 2086	102,75	102,75
7 1/2 % 2087	102,75	102,75
7 1/2 % 2088	102,75	102,75
7 1/2 % 2089	102,75	102,75
7 1/2 % 2090	102,75	102,75
7 1/2 % 2091	102,75	102,75
7 1/2 % 2092	102,75	102,75
7 1/2 % 2093	102,75	102,75
7 1/2 % 2094	102,75	102,75
7 1/2 % 2095	102,75	102,75
7 1/2 % 2096	102,75	102,75
7 1/2 % 2097	102,75	102,75
7 1/2 % 2098	102,75	102,75
7 1/2 % 2099	102,75	102,75
7 1/2 % 2100	102,75	102,75
7 1/2 % 2101	102,75	102,75
7 1/2 % 2102	102,75	102,75
7 1/2 % 2103	102,75	102,75
7 1/2 % 2104	102,75	102,75
7 1/2 % 2105	102,75	102,75
7 1/2 % 2106	102,75	102,75
7 1/2 % 2107	102,75	102,75
7 1/2 % 2108	102,75	102,75
7 1/2 % 2109	102,75	102,75
7 1/2 % 2110	102,75	102,75
7 1/2 % 2111	102,75	102,75
7 1/2 % 2112	102,75	102,75
7 1/2 % 2113	102,75	102,75
7 1/2 % 2114	102,75	102,75
7 1/2 % 2115	102,75	102,75
7 1/2 % 2116	102,75	102,75
7 1/2 % 2117	102,75	102,75
7 1/2 % 2118	102,75	102,75
7 1/2 % 2119	102,75	102,75
7 1/2 % 2120	102,75	102,75
7 1/2 % 2121	102,75	102,75
7 1/2 % 2122	102,75	102,75
7 1/2 % 2123	102,75	102,75
7 1/2 % 2124	102,75	102,75
7 1/2 % 2125	102,75	102,75
7 1/2 % 2126	102,75	102,75
7 1/2 % 2127	102,75	102,75
7 1/2 % 2128	102,75	102,75
7 1/2 % 2129	102,75	102,75
7 1/2 % 2130	102,75	102,75
7 1/2 % 2131	102,75	102,75
7 1/2 % 2132	102,75	102,75
7 1/2 % 2133	102,75	102,75
7 1/2 % 2134	102,75	102,75
7 1/2 % 2135	102,75	102,75
7 1/2 % 2136	102,75	102,75
7 1/2 % 2137	102,75	102,75
7 1/2 % 2138	102,75	102,75
7 1/2 % 2139	102,75	102,75
7 1/2 % 2140	102,75	102,75
7 1/2 % 2141	102,75	102,75
7 1/2 % 2142	102,75	102,75
7 1/2 % 2143	102,75	102,75
7 1/2 % 2144	102,75	102,75
7 1/2 % 2145	102,75	102,75
7 1/2 % 2146	102,75	102,75
7 1/2 % 2147	102,75	102,75
7 1/2 % 2148	102,75	102,75
7 1/2 % 2149	102,75	102,75
7 1/2 % 2150	102,75	102,75
7 1/2 % 2151	102,75	102,75
7 1/2 % 2152	102,75	102,75
7 1/2 % 2153	102,75	102,75
7 1/2 % 2154	102,75	102,75
7 1/2 % 2155	102,75	102,75
7 1/2 % 2156	102,75	102,75
7 1/2 % 2157	102,75	102,75
7 1/2 % 2158	102,75	102,75
7 1/2 % 2159	102,75	102,75
7 1/2 % 2160	102,75	102,75
7 1/2 % 2161	102,75	102,75
7 1/2 % 2162	102,75	102,75
7 1/2 % 2163	102,75	102,75
7 1/2 % 2164	102,75	102,75
7 1/2 % 2165	102,75	102,75
7 1/2 % 2166	102,75	102,75
7 1/2 % 2167	102,75	102,75
7 1/2 % 2168	102,75	102,75
7 1/2 % 2169	102,75	102,75
7 1/2 % 2170	102,75	102,75
7 1/2 % 2171	102,75	102,75
7 1/2 % 2172	102,75	102,75
7 1/2 % 2173	102,75	102,75
7 1/2 % 2174	102,75	102,75
7 1/2 % 2175	102,75	102,75
7 1/2 % 2176	102,75	102,75
7 1/2 % 2177	102,75	102,75
7 1/2 % 2178	102,75	102,75
7 1/2 % 2179	102,75	102,75
7 1/2 % 2180	102,75	102,75
7 1/2 % 2181	102,75	102,75
7 1/2 % 2182	102,75	102,75
7 1/2 % 2183	102,75	102,75
7 1/2 % 2184	102,75	102,75
7 1/2 % 2185	102,75	102,75
7 1/2 % 2186	102,75	102,75
7 1/2 % 2187	102,75	102,75
7 1/2 % 2188	102,75	102,75
7 1/2 % 2189	102,75	102,75
7 1/2 % 2190	102,75	102,75
7 1/2 % 2191	102,75	102,75
7 1/2 % 2192	102,75	102,75
7 1/2 % 2193	102,75	102,75
7 1/2 % 2194	102,75	102,75
7 1/2 % 2195	102,75	102,75
7 1/2 % 2196	102,75	102,75
7 1/2 % 2197	102,75	102,75
7 1/2 % 2198	102,75	102,75
7 1/2 % 2199	102,75	102,75
7 1/2 % 2200	102,75	102,75
7 1/2 % 2201	102,75	102,75
7 1/2 % 2202	102,75	102,75
7 1/2 % 2203	102,75	102,75
7 1/2 % 2204	102,75	102,75
7 1/2 % 2205	102,75	102,75
7 1/2 % 2206	102,75	102,75
7 1/2 % 2207	102,75	102,75
7 1/2 % 2208	102,75	102,75
7 1/2 % 2209	102,75	102,75
7 1/2 % 2210	102,75	102,75
7 1/2 % 2211	102,75	102,75
7 1/2 % 2212	102,75	102,75
7 1/2 % 2213	102,75	102,75
7 1/2 % 2214	102,75	102,75
7 1/2 % 2215	102,75	102,75
7 1/2 % 2216	102,75	102,75
7 1/2 % 2217	102,75	102,75
7 1/2 % 2218	102,75	102,75
7 1/2 % 2219	102,75	102,75
7 1/2 % 2220	102,75	102,75
7 1/2 % 2221	102,75	102,75
7 1/2 % 2222	102,75	102,75
7 1/2 % 2223	102,75	102,75
7 1/2 % 2224	102,75	102,75
7 1/2 % 2225	102,75	102,75
7 1/2 % 2226	102,75	102,75
7 1/2 % 2227	102,75	102,75
7 1/2 % 2228	102,75	102,75
7 1/2 % 2229	102,75	102,75
7 1/2 % 2230	102,75	102,75
7 1/2 % 2231	102,75	102,75
7 1/2 % 2232	102,75	102,75
7 1/2 % 2233	102,75	102,75
7 1/2 % 2234	102,75	102,75
7 1/2 % 2235	102,75	102,75
7 1/2 % 2236	102,75	102,75
7 1/2 % 2237	102,75	102,75
7 1/2 % 2238	102,75	102,75
7 1/2 % 2239	102,75	102,75
7 1/2 % 2240	102,75	102,75
7 1/2 % 2241	102,75	102,75
7 1/2 % 2242	102,75	102,75
7 1/2 % 2243	102,75	102,75
7 1/2 % 2244	102,75	102,75
7 1/2 % 2245	102,75	102,75
7 1/2 % 2246	102	

Warenpreise - Termine

Schwächer geschlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaoerzeugnisse am Terminmarkt der New York Comex. Durchweg um das Limit niedriger ging Kaffee aus dem Markt.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals.

Table listing prices for wool, fibers, and various metals (Aluminum, Copper, Zinc, Lead).

Table listing prices for various types of paper and pulp.

Table listing exchange rates for various currencies and gold prices.

Table listing prices for various types of bonds and interest rates.

Table listing various market indices and stock prices.

Large advertisement for 'HAMBURG DAS HOCH IM NORDEN' featuring a black and white portrait of a woman and text describing the fashion brand.

Advertisement text for 'WIR ZIEHEN STARK AN.' by Jil Sander, describing the brand's philosophy and fashion line.

Freitag, 26. März 1988
 und Preise von
 in und KO

Währung	100 DM	100 US\$	100 Sfr	100 Yen
100 DM	100,00	100,00	100,00	100,00
100 US\$	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Sfr	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Yen	100,00	100,00	100,00	100,00

Finanzmärkte

Termin	100 DM	100 US\$	100 Sfr	100 Yen
1. März	100,00	100,00	100,00	100,00
1. April	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Mai	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Juni	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Juli	100,00	100,00	100,00	100,00
1. August	100,00	100,00	100,00	100,00
1. September	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Oktober	100,00	100,00	100,00	100,00
1. November	100,00	100,00	100,00	100,00
1. Dezember	100,00	100,00	100,00	100,00

ECU-Tageswerte

Währung	100 DM	100 US\$	100 Sfr	100 Yen
100 DM	100,00	100,00	100,00	100,00
100 US\$	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Sfr	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Yen	100,00	100,00	100,00	100,00

SRZ-Wert

Währung	100 DM	100 US\$	100 Sfr	100 Yen
100 DM	100,00	100,00	100,00	100,00
100 US\$	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Sfr	100,00	100,00	100,00	100,00
100 Yen	100,00	100,00	100,00	100,00

MENSCH

**LASS DEINEN
 IDEEN
 FREIEN LAUF**

- Akustisch *Optisch*
- Kreuz *Quer*
- Einfarbig *Tausendfarbig*
- Einzelbilder *Film*
- Keyboard *Maus*
- 2 Dimensionen *3 Dimensionen*
- Vorwärts *Rückwärts*
- Im Detail *Im Ganzen*
- Ton *Sprache*
- Logischer Schritt *Spontane Kombination*
- Eine Idee *Zwanzig Ideen*
- Nacheinander *Gleichzeitig*
- Wörter *Zahlen*
- Kaufmännisch *Künstlerisch*
- Technisch *Wissenschaftlich*
- Erstaunlich *Einfach*

R ZIEHEN
 IRK AN."

AMIGA
 Werkbank für Ideen-Menschen.



Al...
 ...
 ...

Wer gehört zu Bayern?

C. H. - Bei Piper ist ein „Bayerisches Lesebuch“ von 600 Seiten erschienen. Es umfaßt die letzten 115 Jahre, von Kobell bis Kretz. Man liest es mit Vergnügen: Bayern ist beliebt und hat uns viel zu bieten. So auch diese Ausgabe von Günther Lutz, schön gedruckt, und kostet nur 19,80 Mark.

Welch große Namen hat Altbayern für uns parat! Lena Christ, die Fleißer, O. M. Graf, Wilhelm Dieß, Heinrich Lautensack, Hans Carossa, Georg Britting, Mieslang („Deutschland, deine Bayern“), den trefflichen Klem Pauli, Queri und Achternbusch bis hinauf oder hinab zu Weiß Ferdl und den Gaudiburschen der Dialektpoesie, an denen freilich nur die Effekte der Folklore interessant sind.

Dann stützt man: Horvath (aus Triest), Toller (Westpreußen), Klauß (Brandenburg), Ringelstein und E. Käster (Sachsen), Wedekind (Hannover), Th. Mann (Lübeck) - sollen sie bayerische Literatur gemacht haben? Sie haben alle ein paar Monate, Jahre oder Jahrzehnte in München gelebt. Wer hat das nicht? Sie haben auch witzig, ironisch oder böse über München und (die) Bayern geschrieben. Genügt das?

Dann aber fehlen Sterne erster Größe - der München in Gedichten wie kaum einer gebildet hat. Die „Normen“ von Schwabing waren und blieben den Bayern fremd, das ist wahr. Warum wird aber die spinöse Gräfin Reventlow (aus Husum) zur Karikatur von Schuler, Klages, Wolfsehl und George aufgeben? War die Räterepublik bayerischer als Wahnmooch und das Café Größenwahn? Hingen sie nicht vielmehr untrennbar zusammen?

Von Josef Hofmiller, einem der Großen der Epoche, bietet man Blätter aus seinem schwächsten Werk, dem von ihm selbst nie edierten Revolutionstagebuch. Warum unterschlägt man seine Pilgerfahrten und Wanderbilder? Hier wird das Bayerische vom Provinzialen befreit, erstirbt die Region in ihrem Reichtum; und das sollte, neben Spaß und Unterhaltung, doch wohl die Hauptsache sein - Bayern zuliebe.



Ohne Meryl Streep und Klaus Maria Brandauer: Links die Oscar-Gewinner William Hurt, Anjelica Huston, Geraldine Page und Regisseur Sydney Pollack, rechts Don Ameche, dem die Sängerin Cher den Preis überreicht

„Jenseits von Afrika“, Überraschungen und ein scharfer Affront - Zum 58. Mal wurden in Hollywood die „Oscars“ verliehen

Keine Chance für Spielbergs Lieblingsfarbe Lila

Sie erschafft keine Legenden, aber sie zementiert sie: Die 34 Zentimeter große, gut sechs Pfund schwere vergoldete und alljährlich verliehene Preisstatuette der Amerikanischen Filmakademie ist die heimliche Sehnsucht aller Schauspieler, Regisseure, Filmmusiker und Ausstatter. Gestern Abend nun wurden die „Oscars“ im Dorothy-Chandler-Pavillon von Los Angeles zum 58. Mal verliehen, vor den Augen von gut einer Milliarde Fernsehzuschauer in aller Welt, wie die Produzenten der Verleihungs-Show erklärten.

„Variety“, das führende Branchenblatt, weiß allerdings mitzuteilen, daß die Zeremonie seit Jahren sinkende Einschaltquoten aufweise, da die Auswahl der Akademie in letzter Zeit oft genug haarscharf am Publikums-geschmack vorbeilaufe. Die etwa 4000 stimmberechtigten Mitglieder der „Academy of Motion Picture Arts and Science“ blieben aber auch diesmal ihrer Achtzig-Jahre-Tradition

treu, anspruchsvollen, ja sogar Ausbeisserproduktionen den Vorzug zu geben vor eindeutigen Kassenschlagern.

Mit ihrem Votum für Sydney Pollacks „Jenseits von Afrika“ als bester Film des Jahres 1985 (vergl. die WELT vom 10. März) trafen sie freilich den Geschmack elitärer Kritiker ebenso wie den des breiten Publikums. Ungeteilte Zustimmung also für diesen hinreißend erzählten und ausstatteten Film, der von elf nominierten Oscars sieben erhielt, darunter den Preis für Regie und für die Kamera.

Hauptdarstellerin Meryl Streep alias Karen Blixen jedoch ging überaus bescheidenweise leer aus. Ob die Akademie die schon zwei Mal Oscar gekrönte Mittreißer nicht allzu sehr verwöhnen wollte? Sie wählte statt dessen, unerwartet, die 61jährige Geraldine Page zur besten Darstellerin, die schon sechs oder sieben Mal vergeblich einen Oscar-Anlauf ge-

nommen hatte. In dem Film „The Trip to Bountiful“ ist sie eine kränkelnde, einsame Witwe, die sich in ihre Erinnerungen flüchtet.

Auch Klaus Maria Brandauer, Karen Blixens Lotterbube von Ehemann in „Jenseits von Afrika“, der seit Wochen als sicherer Kandidat für die beste männliche Nebenrolle galt, mußte - offenbar ebenfalls eine eher gefühlbestimmte Entscheidung der Akademie - einem Hollywood-Veteranen den Vortritt lassen. Der 78jährige Don Ameche, alternder Schürzenjäger in Ron Howards Film „Cocoon“, gewann den Lorbeer.

Beste Schauspieler wurde William Hurt in Hector Babencos „The Kiss of the Spider Woman“, der ersten amerikanischen Produktion des brasilianischen Regisseurs, spielt er einen phantasiervollen homosexuellen Häftling in einem brasilianischen Gefängnis, der seine Träume in fiktive Filme produziert. Allabendlich erzählt er sie seinem Zellengenossen,

einem knallharten „Politischen“, und bald machen sich die beiden so unterschiedlichen Männer gemeinsam auf ins Reich der Träume.

John Hustons pechschwarze Komödie aus dem New Yorker Mafia-Milieu, „Die Ehre der Prizzis“, mehrfach nominiert, ging fast leer aus dem Rennen. Nur Hustons Tochter Anjelica als ebenso schöne wie hinterlistig-intrigante Prizzi-Tochter Maerose wurde zur besten Nebendarstellerin gekürt. Bester ausländischer Film wurde der argentinische Außenseiter „Die Offizielle Geschichte“, der auch schon in Cannes aufgeflogen und ausgezeichnet worden war.

Aber nicht diese kleinen Überraschungen am Rande kennzeichneten die diesjährige Film-Olympiade, vielmehr der geradezu schreiende Vielfalt gegen einen der bekanntesten Hollywood-Regisseure. Steven Spielberg nämlich, seit Jahren vom Publikum gehätschelt, war mit seinem neuen Opus „Color Purple“ zwar elf-

mal nominiert, gewann aber kein einziges Mal. Sein Film, ganz mit schwarzen Schauspielern besetzt, erzählt vom Lebens- und Leidensweg zweier schwarzer Schwestern und ist damit Spielbergs erster „Menschentum“ nach all den Weltraumabenteuern à la „E.T.“ (die die Akademie ebenfalls ignorierte). Nimmt Hollywood seinem 36jährigen Wunderkind den immensen Weiterfolg übel?

„Color Purple“ ist in Amerika ein Publikums-Hit, wurde von der Kritik aber böse zugerichtet. Wäre Spielberg weniger erfolgreich bei der breiten Masse, so mußte ihm dann auch längst ein Hollywood-Angur, dann hätte er gewiß einen Platz im Herzen der Akademie - und der amerikanischen Kritik. Spielberg machte gute Miene zum schlimmen Spiel und lächelte tapfer in die Kameras der Verleihungs-Show. Vielleicht pfeift er tatsächlich auf Oscar-Ehren und zimmert ganz allein weiter an der Legende Steven Spielbergs. DORIS BLUM

JOURNAL

Maurice Bejart und Rudolf Nurejew im Streit

Der Ballettdirektor der Pariser Oper, Rudolf Nurejew, und Maurice Bejart als Gastchoreograph in der Seine-Metropole liegen derzeit im Streit. Bejart hatte nach der Uraufführung seiner neuesten Tanzschöpfung „Arepo“ zwei Balletttänzer, Eric vu An und Manuel Legris, eigenmächtig in den Rang erster Solisten erhoben. Die Operndirektion montierte, Bejart habe seine Befugnisse mißbraucht, nur Nurejew könne nach Billigung des Verwaltungsrates des Hauses Tänzer befördern. Bejart berief sich auf Nurejews angebliche vorherige Zustimmung. Bejarts neueste Choreographie „Arepo“, ein Anagramm von „Opera“ (Oper), nach Charles Gounods „Faust“ persifliert humorvoll das Opernhaus und den Faust-Mythos.

Neue Totentanzorgel wird eingeweiht

Mit einem feierlichen Gottesdienst wird am Ostermontag in Lübeck die neue Totentanzorgel in der Lübecker St. Marienkirche eingeweiht. Auf der Orgel spielte der Kirchenmusiker Dietrich Buxtehude (1686 bis 1707) 40 Jahre lang als Marienorganist und Ratsmusiker. Berni Notke, der „Tilman Riemenschneider des Nordens“, malte für die Kapelle unter der Orgel seinen weltbekanntesten Totentanz-Fries. Fries und Orgel verbrannten beim Bombenangriff auf Lübeck 1942. Nach mehr als 40 Jahren entstand jetzt die berühmte Totentanzorgel neu, rekonstruiert und orientiert am früheren Klangbild.

Goethe-Medaille für israelischen Übersetzer

Der israelische Journalist und Übersetzer Chaim Isak erhielt die Goethe-Medaille für seine Übersetzungen der deutschen Nachkriegsliteratur in die hebräische Sprache. Sein Übersetzungsweg begann mit Büchern aus dem Bereich der Psychologie, so mit dem Gesamtwerk von S. Freud, später wandte er sich der Belletristik zu, darunter Romanen von Böll, Grass, Canetti, Lenz. Die Goethe-Medaille wird jährlich zum Todestag des Dichters an höchstens fünf ausländische Persönlichkeiten verliehen. Die Urkunde spricht von Chaim Isaks „herausragenden, bleibenden Beitrag zur Stärkung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“. Der 64jährige Isak wurde in Frankfurt geboren und emigrierte 1936 mit seiner Familie. Seit 1945 ist er journalistisch tätig, nebenbei redigiert er auch die vom Bundespräsidenten in hebräischer Sprache herausgegebene Zeitschrift „Hebdi“. Chaim Isak gilt als der bedeutendste Übersetzer deutscher Literatur ins Hebräische.

Liv Ullmann spielt die Mutter Courage

Im modernsten Theaterbau Nordeuropas, dem Norwegischen Theater in Oslo, hat Brechts „Mutter Courage“ am 11. April Premiere. Liv Ullmann spielt die Titelrolle, der deutsche Regisseur Peter Patitzsch inszeniert. Beide Künstler haben schon an zwei früheren Brecht-Bearbeitungen am Norwegischen Theater zusammengearbeitet: 1961 in „Der kaukasische Kreidekreis“ und 1963 in „Herr Puntila und sein Knecht Matti“. Die Inszenierung wird bis zum 21. Juni zu sehen sein.

Wettbewerb für Computer-Graphic

Einen Wettbewerb zur Förderung der Computer-Graphic-Kunst organisiert die Kölner Messe gemeinsam mit dem Museum Gladbeck. Die besten Arbeiten sollen während der Computermesse „C'86“ vom 12. bis 15. Juni in Köln im Rahmen der Sonderchau „Prints & Plots“ gezeigt werden. Anschließend sind sie vom 22. Juni bis 27. Juli in der Städtischen Galerie Gladbeck zu sehen. Informationen: KölnMesse, Postfach 210760, 5 Köln 21.

Sir Bernard Katz 75

Einer der Begründer der modernen Neurophysiologie, der Brit Sir Bernard Katz, vollendet heute sein 75. Lebensjahr. Katz wurde in Leipzig geboren, mußte aber als Jude 1934 unter entwürdigenden Umständen nach England emigrieren. Von 1946 bis 1978 war er Professor für Biophysik am Londoner University College. Katz forschte vor allem auf dem Gebiet der Informationsübertragung zwischen Nervenzellen. Er klärte u.a. die chemischen Vorgänge auf, die bei der Erregung eines Muskels durch einen Nerv ablaufen, vor allem die Rolle des Botenstoffes Acetylcholin. Dafür erhielt er 1970 zusammen mit dem Schweden von Euler und dem Amerikaner Axelrod den Nobelpreis für Medizin und Physiologie. 1969 wurde Bernard Katz geädert. KIL

Stuttgarter Ballett tanzt Fokins „Les Sylphides“

Anmutige Geisterschar

Die 25 Jahre, in denen man Cranos Stuttgarter Ballett tanzen sah, sind im wahrsten Sinne des Wortes wie im Flug vergangen. Sehr fest dieser Erde verhaftet, schien die hochfliegende Truppe nie, und so hat es schon seinen Sinn, daß sie ihr Jubiläumprogramm mit Fokins „Les Sylphides“ eröffnete, dem knappsten konzentriertesten aller Geisterballette. Denn das ist ja noch immer der Unterschied zwischen altem Ballett und neuem Tanz: das eine gehört ganz dem Geist und den Lüften, der andere dem Leib und der Erde an.

Da ist es nun also wieder, wenn der Vorhang sich zum Chopin-Nocturne hebt: das alte zärtliche Bild der weißen Medien im fließenden Tüll, um ihre zarten Anführerinnen gelagert und diese wieder an die Brust des Poeten gelehnt, des jungen Mannes im schwarzen Samt.

Olga Lepeschinskaja, die Ex-Bolschoiballerina hat es arrangiert, nicht unähnlich einem Giorgio Morandi, der Seidenblumen, nicht etwa lebende, in seine Wundervasen sortierte, den Geist der Rose zu malen: die Ewigkeit des Dahinblühens.

Diese Ewigkeit fängt auch Fokins Choreographie mit ihrer Folge von Walzern, Preludes, Mazurken, alle leicht und schimmernd dahinschwebend. Alte Weisen, alte Schritte, unverwundbare Spuren: der Ewigkeitsraum des Balletts, dingfest gemacht auf choreographische zarteste Weise.

Und doch ist dies Ballett eine Herausforderung selbst noch an den kleinsten Finger jeder einzelnen Tänzerin. Sie sind alle vollkommen aufgehoben in der Zucht des Balletts, der überkommenen Form, aber in ihr öffnet sich jede höchst individuelle Freiheit. Wer sie am stärksten zu nutzen weiß, wird logischerweise Primaballerina genannt.

Das ist Marcia Haydée. Sie tanzt den Sylphiden voran und über alle hinweg, eine jener miraculösen Tänzerinnen, die es verstehen, die Zeit stillstehen zu lassen. Ihr Tanz ist ein Gruß aus dem Gestern ans Morgen und dem Heute ein wundersames Ge-

Kriegsblinden-Preis für Prometheus-Hörspiel

Halbsklave wird Führer

Wieder einmal fällt der Hörspielpreis der Kriegsblinden an einen Grenzfall der Gattung. „Die Befreiung des Prometheus“ von Heiner Goebbels nach Texten von Heiner Müller, produziert gemeinsam vom Hessischen Rundfunk und Südwestfunk, vereinigte unter 19 eingereichten deutschen Originalhörspielen des Jahres 1985 am Schluß elf von 19 Stimmen der aus Kritikern und Kriegsblinden zusammengesetzten Jury auf sich.

Daß hier Grenzen der Gattung Hörspiel berührt, vielleicht überschritten wurden, zeigt sich auch an der Entscheidung der Jury, den Preis nicht nur an den offiziell als Autor auftretenden Frankfurter Musiker Heiner Goebbels, sondern auch an den in der „DDR“ lebenden Textlieferanten Heiner Müller zu vergeben. Ganz sicher schien man sich nicht zu sein, wer hier die wichtigeren Akzente gesetzt hat.

„Die Befreiung des Prometheus“ ist einer jener archaischen, streckenweise gewalttätig wirkenden Prosastücke, mit denen Heiner Müller traditionelle Mythen umzudeuten versucht. Prometheus muß hier von Herakles fast mit Gewalt von seinem Felsen befreit werden. Zu sehr hat er sich in sein trotz aller Qual privilegiertes Halbsklavendasein zu Füßen der Götter gewöhnt. Und doch läßt er sich später als Held und Führer von der Masse der Menschen feiern. Jede Befreiung mündet in neue Sklaverei.

Goebbels, Jahrgang 1952, in Frankfurt bekannt durch mannigfache und einflussreiche musikalische Aktivitäten vor allem in der Alternativkulturzene, verarbeitet Müllers Text unter Zuhilfenahme anderer Müller-Passagen, sowie musikalischer Gags und Verfremdungseffekte auf die von ihm bereits an anderer Stelle erprobte Weise.

Da gibt es Opernhafes, Blasmusik, Lesegestammel, Geräuscheinfluss, Pathos und Ironie. Ein breites Spielfeld für die freie Assoziation. Der „sprachlich organisierte Text als akustisches Material, als wenn man so will, Musik“ - so hat Helmut Heißenbüttel das in einem anderen Zusammenhang in einer Laudatio auf Goebbels einmal genannt. Ob diese „Lesung gegen den Strich“, dieses freie Spiel mit Wort, Ton und Geräusch, dem Hörspiel - hier wird es ein „Hörstück in 9 Bildern“ genannt - freilich neue Wege öffnen kann, muß sich noch zeigen. Heiner Goebbels jedenfalls beherrscht dieses Genre wie kein Zweiter.

Starkes Interesse weckte bei den Juroren auch das Hörspiel „H. - ein Abendbild“ von Wilfried F. Schoeller (ebenfalls vom HR), in dessen Mittelpunkt der späte, geistig bereits un-machtete Hölderlin steht. Hier werden

drei Sprachebenen übereinandergelagert: Hölderlin-Texte aus den Jahren des psychischen Dunkels, Berichte seiner Freunde und Zeitgenossen und - Passagen mit dem Originalton aus dem Munde beugter Insassen einer psychiatrischen Anstalt.

Das ist zunächst ungeheuer interessant. Grenzbereiche des Denkens und Sprechens tauchen schattenhaft auf. Reine und falsche Töne, Poesie aus erster, zweiter und dritter Hand, wie Musik gegeneinandergeführt und miteinander verschränkt. Doch fast zwangsläufig stellt sich auch die Frage nach der Berechtigung des Verfahrens. Schoeller hat insgesamt 50-Tonbandstunden Material von seinen Besuchern in der Anstalt mitgebracht. Er hat versucht, diskret zu sein, den Kranken keine individuellen Erkenntnisse entlockt, sondern ihnen mit Hilfe von Stichtwörtern (etwa Hölderlin oder Lyrik) die Chance eröffnet, ohne ihr Wissen die Melodie der Hölderlin-Texte gewissermaßen zu begleiten, die Wort- und Sprechkulis zu der tragischen Dichterhelden abzugeben.

Selbst wenn man unterstellt, daß sie dabei eine Art Glück empfunden haben könnten und ihrerseits beim Hörer wiederum etwas mehr Verständnis für die Realität der Geisteskrankheiten erzeugen - irgend etwas sträubt sich in einem gegen diese Art von Nutzung menschlichen Sprech-materiens.

Bemerkenswert waren aus der in diesem Jahr (im Unterschied zu 1983 und 1984) eher mageren Ausbeute auch noch die WDR-Produktion „Nach Ojilunibo“ von Hubert Wiedfeld (ein nachdenkliches Stück zur Problematik von Südafrika) sowie das „China-Projekt“ (SFB) von Ronald Steckel. Hier wurden deutsche und chinesische Texte mit Hilfe elektronischer Musik und Geräusche zu einem Opus absoluter, unprogram-matischer Akustik-Kunst verarbeitet. In seiner stillistischen Geschlossenheit übertraf dieses Hörspiel alle seine Mitbewerber deutlich. Doch erschien es der Jury-Mehrheit am Ende doch allzu glatt und spannungslos.

Insgesamt scheint das deutsche Hörspiel weiterhin nicht nur finanziell oder innerhalb der Sender-Hierarchie, sondern auch in seiner künstlerischen Substanz stark gefährdet. Oft wird in den von den Autoren an das Produktionsteam gerichteten Begleittexten zur Erläuterung der mit dem Stück verbundenen Absichten deutlich, wie verzweifelt und un-gelenk da mit den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Gattung gerungen wird, die es angesichts der pausenlosen Bild- und Tonberiesung von Jahr zu Jahr schwerer hat, sich Gehör zu verschaffen. JOACHIM NEANDER

Österreichs großer Architekt: Clemens Holzmeister

Erdenweit und gottesnah

Man hat ihn einen „Expressionisten“ genannt, er selbst bezeichnete sich als „Romantiker“, doch läßt er sich keiner der einflussreichen Schulen und Bewegungen des 20. Jahrhunderts zurechnen. Gewiß ist nur eines: Der am 27. März 1886 geborene und erst vor drei Jahren, am 12. Juni 1983, verstorbene Österreicher Clemens Holzmeister zählt zu den größten, den eigenwilligsten und vielseitigsten Architekten unseres Zeitalters.

Er schuf ein überwältigendes Œuvre - Bauten für die Öffentlichkeit, dem Kult, der staatlichen Selbst-darstellung, dem wohnungsbedürftigen und kunstsinnsamen Einzelnen bedienend, imposante Gebilde kosmosbe-jahenden Ordnungswillens und ausdrucksstarker Sachlichkeit. Von der Volksschule in Marbach an der Donau (1913) über den zweistöufigen und festungsartig anmutenden Bau des Wiener Krematoriums (1922/23) und zahlreiche Regierungspaläste in Ankara bis zum Alten und Neuen Festspielhaus in Salzburg und dem Entwurf für ein Friedensdenkmal auf dem Berg Sinai und ein Weltheiligtum „Cosmogon“ (1977) spannt sich der Bogen seines unermüdlichen Schaffens.

Ein Zug ins Monumentale, zu großen festlichen Gebäuden, ja zum Pathos zeichnet seine Bauten aus. Den reinen Funktionalismus des Bauhauses, die Exzesse des architektonischen Brutalismus hat er nie mitgenommen. Ebensovienig teilte er den so-

zialpolitischen Messianismus eines Le Corbusier.

Obwohl von historischen Neigungen frei, lernte er zeitweilig von den großen Werken der Vergangenheit. Er ließ sich von ihnen anregen und begeistern; nicht aber ahmte er sie nach. Je nach der Aufgabe und der greifbaren Landschaft knüpfte er an volkstümlich-regionale Traditionen an, schuf er Formen von bäuerlicher Kraft, repräsentativer Feierlichkeit, monchischer Kargheit oder orientalisches-byzantinischer Magie: Kirchen wie die in Merchingen im Saarland, St. Adalbert in Berlin, Maria-Grün in Hamburg-Blankensee, Kathedralen in Brasilien und Syrakus (Sizilien); das Palais Atatürk und das türkische Parlament in Ankara; Rundfunk-, Botschafts- und Bankgebäude, Theater, Schulen und Granalagen.

Holzmeisters Architektur gehört die heute vielfach so verschleierte Kennzeichnung „menschlich“ zu. Recht sie steht ihr, obwohl ihr Schöpfer sich niemals einer Ideologie „sozialen Engagements“ verpflichtet fühlte. Das spezifisch Menschliche seiner Bauten leitet sich her von einer existentiellen Grundhaltung, die Herbert Muck in den bündigen Satz zusammenfaßte: „In der Welt Holzmeisters hat der Herrgott noch seinen Platz.“

Der Gott dieses überragenden Baumeisters scheint ein alpenländisch-barocker Gott zu sein, der Licht, Freude und kosmische Harmonie ausstrahlt und sich in Salzburg und Tirol, aber auch in den sonnenüberfluteten Weiten Brasiliens und der Türkei weit mehr zu Hause fühlt als in der Öde nachkonziliarer Entsakralisierung.

Viele Ehren und Auszeichnungen wurden diesem Baukünstler zuteil, der auch zahlreiche Bühnenbilder gestaltet hat - so für Beethovens „Fidelio“, Raimunds „Verschwender“, Mozarts „Don Giovanni“ und Grillparzers „Bruderzwist in Habsburg“. Er lehrte an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, der Technischen Hochschule in Istanbul und an der Düsseldorfer Akademie.

Von den Hunderten von Bauten, die Clemens Holzmeister im Laufe von mehr als sieben Jahrzehnten entworfen hat, ist kaum einer zerstört oder auch nur verändert worden. Anders als so viele Schlüsselbauten der Moderne, die einer nach dem anderen, abgebrochen oder bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden, steht sein umfangreiches Werk unvermindert aktuell und halter vor uns. Es wird auch noch in kommenden Jahrhunderten zu den Menschen sprechen, weil seine Sprache nicht übersetzt zu werden braucht, um verstanden zu werden. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



Vor 100 Jahren geboren: Der genialste Architekt, Bühnenbildner und Maler Clemens Holzmeister aus Österreich

KULTURNOTIZEN

Ernst Robert Curtius' Leben und Werk steht im Mittelpunkt der Gedenktag, die das Romanische Institut der Bonner Universität vom 14. bis zum 17. April abhält.

Hector Biancotti, in Frankreich lebender argentinischer Schriftsteller, ist für seinen ersten französisch geschriebenen Roman „Sans la miséricorde du christ“ mit dem neuen Gutenberg-Preis geehrt worden.

Rüdiger Keuth zeigt seine Aquarel-

le und Zeichnungen bis Ende Mai im Nürnberger Fernbohaus.

„Gezeichnete Bilder“ von Gisela Walker stellt die Ostdeutsche Galerie in Regensburg bis 6. April aus. Anschließend sind sie vom 13. April bis 25. Mai im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen zu sehen.

Sony Terry, amerikanischer Bluessänger und Harmonikaspieler, ist im Alter von 75 Jahren in New York gestorben.

